

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

101 (10.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, 6 2, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2248. Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 3; Konstanz, Russenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Er erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,00 zus. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 2. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 101

Mittwoch, 10. Mai 1950

Preis 15 Pfg.



Sowjetunion für freie Wahlen in ganz Berlin

Abzug aller Besatzungstruppen aus Berlin als Voraussetzung vorgeschlagen / Die westlichen Spalter müssen Farbe bekennen

Berlin. (EB) Der amtierende Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, Garde-Oberst Jelisarow, richtete an die Kommandanten der Westsektoren Berlins ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Ich bestätige den Empfang einer Abschrift Ihres Schreibens vom 21.4.50, das Sie zur Frage der Durchführung von Wahlen in ganz Berlin an den Oberbürgermeister der Westsektoren Berlins gerichtet haben. Obwohl die in Ihrem Schreiben enthaltenen Vorschläge den entsprechenden Viermächte-Organen nicht in gebührender Weise vorgelegt wurden, sondern an den Oberbürgermeister der Westsektoren Berlins gerichtet worden sind, halte ich es meinerseits doch — da Sie die Frage der Durchführung von Wahlen im Gebiet von Großberlin und der Einheit Berlins aufwerten — für unumgänglich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Bekanntlich hat die Sowjetregierung bereits im Juni 1949 dem Rat der Außenminister einen Antrag zur Überprüfung vorgelegt, in Berlin freie allgemeine Wahlen unter Viermächte-Kontrolle durchzuführen. Indem sie sich davon leiten ließ, setzt sich die Vertretung der sowjetischen Kontrollkommission in Berlin nach wie vor für die schnellste Durchführung freier Wahlen im gesamten Gebiet von Großberlin ein, mit dem Ziel, die Einheit der Stadt auf demokratischer Grundlage wiederherzustellen. Die Vertretung der sowjetischen Kontrollkommission hält es für zweckmäßig, freie demokratische Wahlen unter folgenden Bedingungen durchzuführen:

1. Freie demokratische Wahlen in ganz Berlin müssen unter Viermächte-Kontrolle auf der Grundlage der im Oktober 1946 zur Anwendung gelangten Wahlordnung durchgeführt werden.

2. Zur Durchführung der Wahlen in Berlin ist eine deutsche Kommission auf partieller Grundlage zu bilden, das heißt, auf der Grundlage einer gleichen Vertretung des sowjetischen Sektors einerseits und der westlichen Sektoren andererseits. Die Kommission wird die Funktionen ausüben, die nach der Wahlordnung von 1946 (Abschnitt 4) der

in den Westsektoren der Stadt freie Betätigung zuzugestehen.

7. Zwecks Herstellung der notwendigen Vorbedingungen für die Durchführung tatsächlicher freier demokratischer Wahlen in Berlin unter Verhältnissen, die einen ruhigen Ablauf der Wahlen gewährleisten, sind die Besatzungstruppen aller Besatzungsmächte aus Berlin herauszuziehen und ist die Teilung Berlins in Sektoren aufzuheben.

Die vorstehend angeführten Vorschläge enthalten den einzigen richtigen Weg für die Gewährleistung tatsächlich freier demokratischer Gesamtbürger Wahlen, und die Verwirklichung dieser Vorschläge wird ein

ernsthafter Beitrag zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage sein.“

Achesons Inspektion in Kolonie Westeuropa

Paris. (EB) In den Vorverhandlungen zwischen Acheson und Schuman zur Londoner Außenministerkonferenz wurden der französischen Regierung 30 Millionen Dollar für den schmutzigen Krieg in Indochina zugesagt. Von den 30 Millionen sollen 15 Millionen Dollar sofort flüssig gemacht werden.

Adenauer tritt der Kriegsfrente bei!

Westdeutschland auf dem Weg nach Straßburg

Volk und Land werden den Interessen der westlichen Kriegstreiber ausgeliefert

Bonn. (EB) Die Bonner Separatregierung schickt sich an, dem Europarat in Straßburg beizutreten. Adenauer hat es plötzlich eilig und ließ sich vom CDU-Zonenausschuß der britischen Zone, der in Königswinter tagte, die Zustimmung geben. Es ist damit zu rechnen, daß in diesen Tagen dem Bundestag eine entsprechende Entschließung des Ministeriums vorgelegt wird. Dr. Adenauer hofft auf eine knappe Mehrheit für den Beitritt zum Europarat.

Wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Oppositionsmitglied und das Schürzenkind Adenauers durchsichtige Manöver sind. Nichts ist mehr zu hören

von seinen Vorbehalten, insbesondere von seinem Einspruch dagegen, daß die Einbindung Westdeutschlands gleichzeitig mit der des Saargebietes erfolgte und damit die Anerkennung der Losreißung der Saar von Deutschland verbunden ist.

Dr. Adenauer hat Wert darauf gelegt, sein Ja noch recht deutlich vor dem Beginn der Londoner Außenministerkonferenz auszusprechen. Die ausländische Presse beurteilt dieses Ja ziemlich einmütig als ein Um-gut-Wetter-Bitten Adenauers in London. Sie betont aber ebenso, daß damit keinerlei Konzessionen in irgend einer entscheidenden Frage an die Regierung Adenauer verbunden sind.

Wir wissen längst, wie sehr es die Separat-Regierung in Bonn danach drängt, bei dem Schiedes der Kriegspläne der westlichen Kriegstreiber mit dabei sein zu dürfen. Sie darf es aber, ihre Lakaienrolle wird sie dabei nicht los. Der Eintritt ins Allerheiligste der westlichen Kriegstrategen, in den Atlantikpakt, ist ihr verschlossen. Für eine abhängige Protektorsregierung genügt das Vorzimmer Europarat — wie es Dr. Schumacher nannte — wo sie ihre Aufträge für die Remilitarisierung Westdeutsch-

Die französische Regierung hatte 500 Millionen Dollar im laufenden Jahr für notwendig erachtet, um die Freiheitsbewegung des vietnamesischen Volkes am Siegen zu hindern.

Die Moskauer „Prawda“ schreibt, daß der Pariser Besuch Achesons von den breiten Schichten des französischen Volkes wie eine Inspektionsreise eines hohen Beamten in eine amerikanische Kolonie angesehen werde. Unter dem Vorwand von Vorbesprechungen der in London stattfindenden Außenministerkonferenz der drei Westmächte habe Acheson dem französischen Außenminister Schuman hinter verschlossenen Türen lediglich die amerikanischen Beschlüsse diktiert, die zur Verschärfung des Kalten Krieges notwendig seien. Alles in allem diene die Europareise Achesons nur dem Zweck, die Lasten des Kalten Krieges auf die einzelnen Partner zu verteilen. Frankreich falle dabei die Rolle eines Lieferanten von Kanonenfutter in vorderster Linie zu.

Die Bereitschaft Dr. Adenauers zum Beitritt in den Europarat ist die Bereitschaft der Bonner Regierung zum Krieg und zum bedingungslosen Ausliefern des deutschen Volkes und deutschen Bodens an die Kriegstreiber der westlichen Imperialisten. Antwortet mit der verstärkten Sammlung für die Unterschriftenlisten für den Frieden.

Am 21. Mai 1950 in Hannover

Die zur Zeit bestehende Antidemontagebewegung in den einzelnen Ländern muß verstärkt und unter einheitliche Führung gestellt werden. Darum entsendet Delegierte!

Westberliner „Freiheit“

Berlin. Die Westberliner Polizei nahm, wie dpa berichtet, am Wochenende 57 Personen fest, die in den Westsektoren Unterschriften für die Aktion zum Verbot der Atomwaffe sammelten.

Besser könnte das Spalterregime unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Reuther in Westberlin nicht gekennzeichnet werden, als es durch diese Tatsache geschieht.

Berlin feierte den Tag der Befreiung

Was wir den Sowjets danken

Berlin. (EB) Die Wiederkehr des Tages an dem die sowjetischen Armeen das deutsche Volk vom Joch des Faschismus befreiten, wurde in der deutschen Hauptstadt festlich begangen. In den Betrieben fanden eindrucksvolle Veranstaltungen statt, in denen auf die Bedeutung dieses Tages hingewiesen wurde.

Viele Westberliner kamen, um zusammen mit den Einwohnern des Ostsektors den Tag der Befreiung zu begehen. In den ersten Vormittagsstunden legten die Delegationen der Betriebe und der Verwaltungen Kränze an den sowjetischen Ehrenmalen nieder. Ministerpräsident Grotewohl erklärte bei dem Festakt in der Staatsoper:

„Die Sowjetunion schenkte uns die Möglichkeit, unsere Verwaltung selbst zu regeln und uns wieder in das Netz der außenpolitischen Beziehungen der Völker einzugliedern. Wir können unsere auswärtigen Angelegenheiten unter eigener Verantwortung selbst besorgen. Die Sowjetunion ebnete uns die Bahn, in den 800 Millionen umfassenden Block der friedlichen und fortschrittlichen Nationen uns einzugliedern.“

Während das westliche Abendland nach der Wasserstoffbombe ruft, ausschließlich also nach der Anwendung brutaler Gewalt, weil es ein überzeugendes Daseinsprinzip überhaupt nicht besitzt, ruft die DDR nach einem neuen friedlichen Anfang, ruft sie alle Frauen und Männer dazu auf, millionenfach ihre Unterschrift für den Frieden und die Achtung der Atombombe abzugeben. Wir rufen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland alle Deutschen die an eine bessere Zukunft für ihre Kinder

und für ihr Vaterland glauben, zum Kampf für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und für den Abzug der Besatzungstruppen.

Sieben Millionen Unterschriften in Ungarn für den Frieden gesammelt

Budapest. (EB) In der Volksrepublik Ungarn ist die Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Stockholmer Beschlüsse des Ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses abgeschlossen worden, nachdem mehr als 7,1 Millionen Werktätige ihre Unterschrift unter diese Beschlüsse gesetzt haben. Allein in Budapest haben 1,4 Millionen Menschen ihre Unterschrift für den Frieden gegeben.

Konkurrenzkontrolle deutscher Industrie

Begleitmusik zur Londoner Konferenz — Gesetz Nr. 24 erlaubt in verstärktem Maße Eingriffe in die deutsche Wirtschaft — Die Folgen des Petersberger Abkommens

Bonn. Nachdem man in Bonn die Hoffnung auf eine frühzeitige Revision des Besatzungsstatuts im Hinblick auf die Londoner Konferenz der drei Außenminister noch vor ihrem Beginn streichen mußte, ist man genötigt eine weitere Hoffnung zu begraben. Unter der Bezeichnung „Entmilitarisierung Deutschlands auf industriellem Gebiet“ verkündigte die Alliierte Hohe Kommission die Neufassung des Gesetzes Nr. 24 über sogenannte verbotene oder begrenzte Industrien, das den ausländischen Konzernen noch eine wirksamere Konkurrenzkontrolle über die deutsche Industrie in die Hand spielt. Das Gesetz faßt die Vereinbarungen des Washingtoner und Petersberger Abkommens zusammen und gibt den ausländischen Mächten die Möglichkeit verstärkter Einflußnahme auf die westdeutsche Industrie. Bezeichnenderweise erklärte der amerikanische General Hodges auf einer Pressekonferenz, daß „Bundeskanzler Adenauer seine Bereitwilligkeit zu dieser Zusammenarbeit zugesichert hat.“

Garantien konnte er jedoch keine geben, denn die verantwortlichen Beamten dieses sogenannten Militärischen Sicherheitsamtes setzen sich ja aus Vertretern amerikanischer und britischer Konzerne zusammen. Er betonte ausdrücklich, daß die Stahlproduktion nicht höher als 11,1 Million Tonnen im Jahr sein dürfe, und es seien Freiheits- und Geldstrafen vorgesehen, um gegen jene

Firmen vorzugehen, welche diese Weisungen nicht berücksichtigten. Auch an der alliierten Demontagepolitik werde nichts geändert und die in der Liste vorgesehenen Werke entfernt oder vernichtet werden.

Während Dr. Adenauer in einem neuerlichen Interview an die „New York Times“ von der „vollen Gleichberechtigung der Bundesrepublik“ faselt, von einer „westlichen Garantie“ spricht und eine sogenannte „bewaffnete Neutralität“, die Westdeutschland zur Aufstellung einer Armee verpflichten würde, verlangt, verschärft die Westmächte die Konkurrenzkontrolle, stellen die deutsche Industrie unter ihre völlige Botmäßigkeit. Das ist das Resultat der einseitigen Westorientierung Bonns und der Petersberger Abmachungen. Immer offensichtlicher ist, wie Westdeutschland zu einer von den Westmächten abhängigen Kolonie wird.

Was tat Herr Jakob Kaiser dabei?

Aus der DDR geflüchtete Reaktionäre verhindern mit Unterstützung der Polizei die Abhaltung einer Pressekonferenz

Bonn. (EB) Was Bonn unter demokratischer Freiheit versteht, wurde am Freitag eindeutig klargestellt. Terrorgruppen von aus der DDR geflüchteten Subjekten aus der Umgebung Jakob Kaisers verhindern mit Unterstützung der Polizei die Abhaltung einer Pressekonferenz des Zentralen Komitees zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens.

Die Gasthausbesitzer waren durch den „Deutschen Bund“, die Organisation dieser antidemokratischen Elemente, so stark unter Druck gesetzt worden, daß sie sich fürchten, ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. Wo das nicht genügt, schritt die Bonner Kriminalpolizei ein, beschlagnahmte den Saal und erklärte, die Konferenz sei verboten. Als die Veranstalter, Oberbürgermeister a. D. Hans Ziegler, Nürnberg, Bürgermeister Hermann Gerigk, Potsdam, und Bürgermeister Manfred Gerlach, Leipzig, im letzten Augenblick doch noch ein Lokal für die „Pressekonferenz“ mieten konnten, erschien auch dort ein Kriminalbeamter mit 15 uniformierten Polizisten und verbot die Abhaltung der Konferenz. Im Gefolge der Polizisten erschien eine Terroristengruppe des „Deutschen Bundes“, um Tätlichkeiten zu provozieren.

Zwischen den ausländischen Journalisten und der Polizei, die nicht einmal einen

schriftlichen Auftrag vorlegen konnte, entstand eine heftige Auseinandersetzung, da es nach dem Wortlaut des Bonner Grundgesetzes keine Handhabe zur Unterdrückung einer Pressekonferenz gibt. Die Polizei bat während der Auseinandersetzungen Oberbürgermeister Ziegler zu einer Unterredung auf die Straße und versuchte, ihn dort in ein bereitstehendes Polizeiauto zu zerrren. Herr Ziegler, vor 1933 langjähriger Reichstagsabgeordneter der SPD, dem es gelang dieses Vorhaben zu vereiteln, erklärte, daß ihm in seinem ganzen Leben ein solcher Versuch der Freiheitsberaubung noch nicht passiert sei. Bei den von den Terroristen angestrebten Skandalaktionen wirkte im Hintergrund der Pressereferent Jakob Kaisers Baron von Hammerstein, mit. Klarer konnte der Kriegsminister gegen die Deutsche Demokratische Republik nicht beweisen, wie die Freiheit aussieht, die er mit Gewalt nach dem Osten Deutschlands tragen will.

Geheimwaffen zertrümmert

Metallarbeiter von La Bocca vernichten Mordinstrumente

Cannes. (EB) Mehrere hundert Arbeiter eines großen Stahlwerkes kämpften stundenlang gegen die Polizei, um Teile von ferngelenkten Geschossen aus den Beständen des französischen Heeres zu zertrümmern.

Bereits vor einigen Wochen hatten Werk-tätige des Hafens Cannes an der französischen Mittelmeerküste die Abschusstrampe für ein V-2-Geschö in Meer versenkt. Dadurch wurde bekannt, daß die französische Armee in der Wüste Sahara gegenwärtig Versuche mit ferngelenkten Geschossen unternimmt. Als jetzt Werk-tätige von La Bocca (deren Friedenskomitee aktiven Kampf gegen Transport und Herstellung von Waffen beschlossen hatte) erfuhren, daß ähnliche Geheimwaffen in La Bocca lagern, erklärten sie sich unter der Führung von zwei Stadträten von Cannes den Weg bis zum Waffendepot und zertrümmerten große Teile der ferngelenkten Geschosse. Während des Kampfes wurden fünf Polizisten verletzt und sieben Demonstranten verhaftet.

Am Streiflicht gesehen

Todesurteil gegen „Vergasungsmeister“

Berlin. (dpa) Das Schwurgericht in Moabit (Westberlin) verurteilte den 50jährigen Erich Bauer, der während des Krieges als „Gasmeister“ in dem Judenvernichtungslager Sobibor bei Lublin an der Vergasung von Hunderttausenden von KZ-Häftlingen beteiligt war, zum Tode und dauerndem Ehrverlust. Das Gericht sah außer der Lagerfunktion Bauers als erwiesen an, daß er einen Häftling persönlich erhängt, einen anderen zu Tode geprügelt, die zur Vergasung Bestimmten mit Stock- und Peitschenhieben in die Vernichtungskammern getrieben und wiederholt aus reiner Mordlust in die Häftlingstransporte hineingeschossen hat.

Der Gerichtsvorsitzende wies darauf hin, daß Bauer ohne jedes Zeichen von Reue nach Berlin zurückgekommen sei und die Frechheit besessen habe, sich entnazifizieren zu lassen. Bauer selbst stritt jede Beteiligung an Grausamkeiten ab.

Räuberbande ausgehoben

Bielefeld. (dpa) Das bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft neu eingerichtete Kommissariat zur Bekämpfung von Bänderüberfällen hat jetzt eine Räuberbande ausgehoben, die aus mehr als 20 Personen bestand. Ihr gehörten neben Deutschen und Ausländern aus den Oststaaten auch drei Polizeibeamte an. Der größte Teil der Bande wurde bereits festgenommen. Sechs Raubüberfälle und 43 größere Einbruchsdiebstähle gehen nach den bisherigen Ermittlungen auf das Konto dieser Bande.

Drei Gestapo-Offiziere vor dem Lyoner Kriegsgericht

Paris. Vor dem Kriegsgericht in Lyon beginnt diese Woche ein Prozeß gegen die ehemaligen

Gestapo-Offiziere Hulf, Meßner und Menzel, die im Rang eines Oberleutnants, Hauptmanns und Oberleutnants standen. Sie sind des Mordes und der Brandstiftung angeklagt. Ihnen wird die standrechtliche Erschießung französischer Widerstandskämpfer im Gebiet von Besancon am 22. September 1944 zur Last gelegt. Auf Veranlassung der Angeklagten wurde der Weiler Rioz eingesechert.

Indianer appellieren an UNO

New York. Eine Abordnung der Irokesen, eines Indianerstammes, überreichte am Montag dem UNO-Ausschuß für Menschenrechte eine Bittschrift, in der die Rothäute gegen die Verletzung ihrer Rechte durch die kanadische und die amerikanische Regierung protestieren und die Wiederherstellung der Herrschaft ihrer Häuptlinge fordern. (Nach Reuter)

Ise Koch soll gemeinsam mit Martin Sommer vor Gericht

Augsburg. (dpa) Die Verhandlung gegen die „Buchenwald-Kommandeuse“ Ise Koch vor dem Augsburger Schwurgericht wird nicht vor August dieses Jahres beginnen. Es wird die Möglichkeit erwogen, das Verfahren gegen Ise Koch mit dem Prozeß gegen den ehemaligen Bunkerführer im Lager Buchenwald, Martin Sommer, zu verbinden. Ise Koch soll dem Bunkerführer Häftlinge gemeldet haben, die dann strafweise in den Bunker eingeliefert wurden.

Lkw stürzt in eine Schlucht

Ankara. Ein vollbesetzter Lkw stürzte in der Nähe von Amassia (Anatolien) in eine Schlucht. Dabei kamen etwa zwanzig Personen ums Leben. (Nach atp)

General Hodges: „Bonn nur verwaltungstechnische Maßnahmen“

Bonn. Der amtierende Vorsitzende des Militärischen Sicherheitsamtes, General Hodges, gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß der Bonner Protektorsverwaltung „nur verwaltungstechnische Maßnahmen übertragen werden.“ Wenn die deutschen Firmen dazu verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen Produktionsberichte an das Militärische Sicherheitsamt zu geben, so bedeute das nicht,“ erklärte der General, „daß diese Industrieergebnisse in die Hände ausländischer Firmen gelangen würden.“

„Ist Ihnen die Besatzungsmacht angenehm?“ DGB-Führung fällt deutscher Jugend in den Rücken

Provokation gegen das Deutschlandtreffen in Berlin

Diese Frage wurde kürzlich gestellt von einem Institut, ähnlich dem Gallup-Institut in Amerika. Mit diesem Gallupsystem haben sich die Milliardäre eine Propaganda-Möglichkeit geschaffen, wie sie dem Amerikanismus entspricht. Es handelt sich nämlich wesentlich nicht um Meinungsforschung, wie behauptet wird, sondern um Meinungsbildung. Ab und zu aber geht solche Sache schief. Bei den letzten amerikanischen Wahlen schwur Gallup, daß die öffentliche Meinung für Dewey sei, aber Truman siegte. In Westdeutschland wurden nun nach einem besonders ausgeklügelten System eine Reihe von Leuten gefragt, ob die Besatzungsmacht ihnen heute nicht angenehmer sei als bei ihrem ersten Erscheinen in Deutschland.

Obwohl die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand bereit waren, die Echtheit des „Protokolls M“ zu beschwören, wurde diese antikommunistische Provokation als ein Schwindel entlarvt. Heute bemüht sich die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) darum, einen ähnlichen Schwindel vom Stapel zu lassen, ebenso dumm, ebenso plump, ebenso aus den Fingern gesogen.

Es geht gegen das Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten in Berlin. Die deutsche Jugend will sich nicht aufhalten lassen durch die willkürlich geschaffenen Grenzen innerhalb Deutschlands, sondern wird aus

Ost und West, aus Nord und Süd zeigen, daß sie, wenn es um die Lebensfragen des deutschen Volkes, um Einheit und Frieden geht, an einem Stricke zieht. Daß die Imperialisten und ihre „deutschen“ Beauftragten, daß alle, die „Ja“ sagen zu dem Bonner Separatstaat Angst haben vor diesem Bekenntnis der deutschen Jugend, das kann man schon verstehen. Aus dieser Angst wurde das neue „Protokoll M“ geboren.

Die DGB-Führung wurde dazu ausegesehen, diesen Schuß in den Rücken der deutschen Jugend abzufeuern. „DGB enthüllt

Pläne der SED zum FDJ-Pfingsttreffen in Berlin“ berichtet eifrig „Die Neue Zeitung“ vom 4. Mai 1950. „Zuverlässiges Informationsmaterial“, so sagt man, läge dem DGB vor, nachdem das Politbüro der SED in einer Geheimsitzung (sonst wüßten sie es ja nicht) die propagandistische Wirkung des Pfingsttreffens der deutschen Jugend dazu benutzen wolle, die Militärdienstpflicht zu verkünden. Die Jahrgänge 1925-1932 sollen zur Rekrutenausbildung nach „Rußland“ eingezogen werden. Auf der anderen Seite aber sollen politisch unzuverlässige Jugendliche verhaftet und in die Uran-Bergwerke oder in die „Rüstungsvorhaben“ verschickt

werden. Das ist der Inhalt der angeblich „zuverlässigen Information“ des DGB.

Sie arbeiten Hand in Hand, die Feinde der deutschen Jugend und des Friedens. Zuerst forderte Dr. Schumacher den Einsatz von alliierten Panzern. Nun gibt Jakob Kaiser, der Bundesminister „für gesamtdeutsche Fragen“ ein Flugblatt und ein Plakat heraus, gegen das Deutschlandtreffen — auf Kosten der Steuerzahler versteht sich — damit man dem Kaiser glaubt, veröffentlicht die Führung des DGB „zuverlässige Informationen“ aus „einer Geheimsitzung“, die es niemals gab. Wer in Berlin Zusammenstöße provoziert, das berichtete z. B. die Londoner „Times“ vom 3. Mai. Die Polizei der DDR wurde am 1. an der Sektorengrenze mit Steinen beworfen und nur „dank der Disziplin und Zurückhaltung“ der Polizei der DDR wurden Zusammenstöße vermieden, während den „Westberlinern und der Westsektorenpolizei“ in bezug auf „gute Haltung nicht allzu viel zuzutrauen“ sei, schreibt die „Times“. Warum wendet sich die DGB-Führung nicht gegen diese Westberliner Werkzeuge der Reuter und Co.? Warum stärkt sie ihnen noch den Rücken?

Sie wissen, warum sie sich für Tito ins Zeug legen

Tito — die beste Kapitalanlage für den amerikanischen Imperialismus

Die „Theorie“, daß der Titoismus eine „dritte Kraft“ oder einen „unabhängigen Kommunismus“ darstelle, wird von ihren eigenen Urhebern, den Soldschreibern des amerikanischen Imperialismus, selbst als Schwindel entlarvt. Ein ständiger Mitarbeiter der „New York Herald Tribune“, Joseph Alsop, brach am 2. 5. 1950 eine Lanze für Tito, die recht deutlich zeigt, welchen Schatz dieser Verräter für den sterbenden Imperialismus darstellt.

Man müsse Tito mehr als bisher helfen, fordert Alsop für den Liebhaber der amerikanischen Monopole. Die bisherigen Anleihen der Export-Import- und der Weltbank hätten nicht ausgereicht. Man solle ihm für fünf Jahre ungefähr 1500 Millionen Dollars jährlich geben, „um eine von den beiden Katastrophen, nämlich die Aufgabe des Fünfjahr-Planes oder die Erhöhung der grausamen Opfer der Massen zu vermeiden.“

Die Folgen des Verrats der Tito-Clique, die das jugoslawische Volk immer deutlicher zu spüren bekommt, müßten mit allen Mitteln verhindert werden, denn sie würden „den Einfluß der Führung auf die Mitgliedschaft der jugoslawischen Kommunistischen Partei schwächen. Kurzum, dies wäre eine Handlung, die den Schluß nahelegen könnte, daß das Kominform-Büro doch vielleicht recht hätte, was“ — dies hinzuzufügen fühlt sich Alsop im Namen der Verteidiger der „Demokratie“ verpflichtet — „keineswegs in Erwägung gezogen werden kann.“

Davon abgesehen, daß Jugoslawien mit dreißig kampfstarken Divisionen „die weit-aus größte und beste Armee in Europa

außerhalb der sowjetischen Einflusssphäre“ besitzt, brauche man bei Tito im Gegensatz zu den schwankenden bürgerlichen Partnern, denen man kein Vertrauen zum kompromißlosen Kampf gegen den Kommunismus entgegenbringen kann, nicht zu befürchten, daß er versucht sein könnte, mit der Sowjetunion Kompromisse zu schließen: „Während westliche Regierungen versucht sein könnten, eine Annäherung an den Krenl zu suchen, sind irgendwelche Handlungen dieser Art zwischen Tito und Stalin außer Frage, wenn auch nur deshalb, weil Tito weiß, daß er an dem Tage zum Scharfrichter geschleift werden wird, an dem er seine Hand in die Stalins legen wird.“

Weil Tito der zuverlässigste Bundesgenosse des amerikanischen Imperialismus in einem Kriege gegen die Sowjetunion geworden ist, und weil die amerikanischen Imperialisten noch immer hoffen, „mit Titos Unterstützung die kommunistischen Parteien zu zersetzen, kommt Alsop zu folgender bemerkenswerter Feststellung, die all denen ins Stammbuch geschrieben werden muß, die immer noch versuchen, Tito als einen „Kommunisten“ oder auch nur als einen „Unabhängigen“ anzupreisen:

„Meine Antwort ... auf die Frage, ob eine starke Politik der Hilfe für Jugoslawien die Mühe und die Kosten wert ist, die sie verursacht wird ... ist die, daß es keine bessere Anlage geben kann, weder für die Energien unserer Diplomaten, noch für die Mittel, die wir für den kalten Krieg ausgeben ... Kein vernünftiger Mensch, der

an dem Sieg im kalten Krieg interessiert ist, könnte sich besseres wünschen.“

Dieses Loblied eines führenden Journalisten der Wallstreet auf den Diktator über das jugoslawische Volk ist eine glänzende Bestätigung dessen, was in der Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD, vom 28.-30. Dezember 1949 über ihn gesagt wurde:

„Auf der internationalen Ebene wurde Jugoslawien durch die Tito-Clique zu einem bloßen Anhängsel des Imperialismus, zu einem einfachen Werkzeug in den Händen des amerikanischen Imperialismus, mit dem dieser in das Lager der Demokratie und des Sozialismus einzubrechen versucht.“

Es bestätigt auch die Richtigkeit der Schlußfolgerung, die auf der Novembertagung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien aus dem Verhalten Titos und seiner Clique gezogen wurde:

„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat, nachdem sie Feinden des Volkes, Mördern und Spionen in die Hände gefallen ist, in ihrer heutigen Zusammensetzung das Recht verloren, sich Kommunistische Partei zu nennen und ist lediglich ein Apparat, der die Spionage-Aufträge der Clique Tito-Kardelj-Rankovic-Djilas ausführt. Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique — diese besoldeten Spione und Mörder — die internationale Pflicht aller Kommunistischen und Arbeiterparteien ist.“ F. U.

„Tote Zone“ - „leichte Zone“ - „schwere Zone“

Die Atlantikstrategie verspricht den Deutschen einen „Rückwärts-Kreuzzug“

In der 1. Aprilnummer der französischen Wochenzeitschrift „Action“ schrieb Claude Chaillet einen Kommentar, der die Vorgänge in Watenstedt-Salzgitter beleuchtet, der zugleich aber auch die Geheimverhandlungen, die zur Zeit in London geführt werden, ins richtige Licht rückt.

„Tote Zone“, „leichte Zone“, „schwere Zone“, — von nun ab müssen diese neuen Bezeichnungen zum Wortschatz aller derer gehören, die sich mit deutschen Fragen befassen. Sie stehen bereits in den neuen Ausgaben der Generalstabskarten, die der amerikanische Generalstab in Frankfurt kürzlich erhalten hat. Die klassische Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen besteht theoretisch noch jetzt, weicht aber immer mehr vor den zeitgemäßen strategischen und militärischen Auffassungen zurück.

In dieser Einteilung ist die „tote Zone“ der östliche Teil der Bonner „Bundesrepublik“. Sie läuft mit einer Durchschnittstiefe von 75 km an der Demarkationslinie entlang, die Adenauers Reich von der Deutschen Demokratischen Republik trennt. Zu Unrecht, — dies sei nebenbei bemerkt, — wird diese Grenze allgemein die „Elb-Linie“ genannt. In Wirklichkeit verläuft sie, ausgenommen auf ihrem unteren Lauf, weit westlich dieses Flusses. Zu der Zone gehören in unmittelbarer Nähe der Grenze so bedeutende Städte wie Lübeck und Braunschweig und etwas mehr innerhalb Kiel, Hamburg, Hannover, Kassel.

Diese Zone ist, für den Fall, daß es zu einem Konflikt kommen sollte, dazu auserkoren, „verbrannte Erde“ zu werden. Die gewissenlosesten Fantasten von Washington und Fontainebleau begnügen sich damit aber noch nicht. Als künftige „verbrannte Erde“ wird schon jetzt diese Zone den militärischen Erfordernissen geopfert. Nur so kann man es sich erklären, warum die Politik der Demontage von Werken, — der man dem Scheine nach 1945 zustimmte, die aber seit langem, namentlich im Ruhrgebiet durch den systematischen Wiederaufbau des Industrie- und Heerespotentials ersetzt worden ist, — jetzt in manchen Gegenden mit einem so verspäteten Eifer wieder aufgenommen wird, daß sie Verdacht erregen muß. So erklärt sich die im krassen Gegensatz zu den Programmen wirtschaftlichen Wiederaufbaus stehende Zerstörung von Hafenanbauten in den Häfen von Kiel und Hamburg durch die britischen Pioniere. So erklärt es sich, daß die Engländer Zusammenstöße mit den Arbeitern von Watenstedt-Salzgitter hervorgerufen, die gegen die Demontage der Werke Widerstand leisten, die ihr Brotverdienst sind, wobei England nicht wieder gutzumachende Prestigeverlust erleidet.

Denn die Prinzipien, welche dieser neuen geographischen Einteilung zugrunde liegen, sind klar und gebieterisch. In der toten Zone darf kein Industriebau, keine technische Einrichtung von irgend welchem Umfang bestehen bleiben. Was nicht sofort

schandlos demoliert werden kann, muß unterminiert werden, so daß es jederzeit in die Luft fliegen kann ...

Die zweite, „leichte Zone“ genannt, ist bis zur Rheinlinie gedacht, jedoch mit Ausnahme des Ruhrbeckens. Für diese Zone sehen die Pläne für den Rückzugsfall Aufrechterhaltung vor, die es ermöglichen, die Zerstörungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die dritte endlich, „schwere Zone“ genannt, umfaßt das linke Rheinufer. Der Atlantik-Generalstab hofft, daß er in diesem Gebiet, durch den Strom gedeckt, Zeit haben wird, sich einzurichten.

Das die Deutschen betrifft, so kann man wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die große Mehrheit von ihnen sich gegen den Kreuzzug gegen den Osten nicht gerade so vorgestellt haben wird.

Die DGB ist mit seinen provokatorischen „Enthüllungen“ auf die Seite jener Bundesregierung getreten, deren Kanzler, Dr. Adenauer, sich für ein „deutsches Kontingent in einer europäischen Armee“ einsetzt. Das „Bundesministerium“ des Herrn Kaiser erklärt, daß die Jugend zu einem Besuch in Berlin „aber ein anderes Mal“ aufgefördert werden wird. Weil die Kriegstreiber die deutsche Jugend „ein anderes Mal“ für kriegerische Abenteuer mißbrauchen wollen, darum wollen sie den Aufmarsch der deutschen Jugend für die Einheit und für den Frieden verhindern. Aber sie irren sich. Keine Provokation und keine Drohungen, keine „Warnungen“ und auch der dickste Schwindel wird die deutsche Jugend von ihrem Pfingstaufmarsch nicht abhalten können. Jedes deutsche Mädel und jeder deutsche Junge wollen dabei gewesen sein, bei dem ersten zentralen Deutschlandtreffen der Jugend. Und später, wenn der Frieden gesichert, die einheitliche deutsche demokratische Republik erkräftigt worden ist, dann werden sie stolz sagen können: wir waren damals dabei, als die eine Bresche geschlagen wurde, von uns, der deutschen Jugend, E. M.

- Am 3. 8. 1949 hat in Würzburg ein Ami seine Freundin im Rausch ermordet.
- Am 10. 8. 1949 haben in München drei Ami den Taxichauffeur aus dem Wagen geworfen.
- Am 18. 8. 1949 wurden in München von drei Ami „Angeh d. Luftwaffe, einem Taxichauffeur schwere Schläge mit dem Revolver auf den Kopf versetzt.“
- Am 19. 9. 1949 haben drei CIC-Äg. und ein Ami in München in einer Rösterei 33 Zentner Kaffee beschlagnahmt und mit dem Auto weggefahren.
- Am 26. 9. 1949 schlugen zwei Ami den Taxifahrer nieder und das Auto wurde gestohlen.
- Am 6. 10. 1949 haben mehrere Amis einen 51jährigen Mann besinnungslos geschlagen und in die Saale geworfen.
- Am 10. 10. 1949 wurde in Bamberg ein Deutscher von einem Ami niedergeschlagen — ärztliche Behandlung war notwendig.
- Am 10. 10. 1949 wurde in Bamberg ein Kriegsinvalide im Hausflur von einem Ami niedergeschlagen und mit Füßen getreten.
- Am 10. 10. 1949 haben vier Ami in Bamberg einen Webermeister vom Fahrrad gerissen, mehrmals mit den Fäusten in Gesicht geschlagen und zwei Zähne ausgezogen.
- Am 10. 10. 1949 bekamen in Bamberg zwei Neger und vier Ami Streit in einer Wirtshaft. Es wurden Biergläser und Stühle zertrümmert und großer Sachschaden entstand.
- Am 10. 10. 1949 haben mehrere Amis in Bamberg einen Deutschen lebensgefährlich verletzt durch sieben Messerstiche.

„New York Times“ gesteht:

Amerikanische Begründung für Atomrüstungen „vermag die meisten Europäer nicht zu beeindrucken“

Der Appell des Internationalen Roten Kreuzes an alle Unterzeichnerstaaten der Genfer Konvention, alle Schritte zu unternehmen, um zu einem Abkommen über das Verbot der Atomwaffe zu kommen, hat bei den Kriegstreibern Beunruhigung ausgelöst. Von dieser „Intervention“ werde angenommen, schreibt die „New York Times“ am 3. 5. 50, daß sie in ganz Europa einen tiefen Eindruck zurücklasse, da es sich um den Aufruf einer „unanfechtbar nicht-kommunistischen Quelle“ handelt. In Europa sei man allgemein darüber beunruhigt, daß die USA öffentlich ihre Absicht bekanntgeben, die Atomwaffe weiterzuentwickeln. Die Begründung dieser Absicht mit Furcht vor einem russischen Angriff oder mit Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Politik „vermag die meisten Europäer, welcher politischen Auffassung sie auch sind, nicht zu beeindrucken“. Diese würden sich daran erinnern, daß die USA die ersten Atombomben auf Japan abgeworfen haben und fühlen sich sehr unsicher in bezug darauf, „was die USA mit ihren Bomben beabsichtigen und wo sie sie abwerfen wollen.“

Stadt Essen verliert Klage gegen kommunistische Zeitung

Essen. Eine Klage der Stadt Essen, wegen der Nichtaufnahme einer Presseberichterstattung in der kommunistischen „Neuen Volks-Zeitung“, wurde vom Essener Amtsgericht abgewiesen. Die Zeitung hatte vor einiger Zeit in einem Bericht behauptet, die Essener Städtischen Krankenanstalten hätten eine zur Untersuchung aufgekommene Frau mehrere Tage in eine Zelle gesperrt und sich somit der Freiheitsberaubung schuldig gemacht.

„Alle sollten für den Frieden unterschreiben“

München. (EB) Die bekannte Münchener Schauspielerin Liesel Karlstadt, die als Partnerin des kürzlich verstorbenen Karl Valentin berühmt wurde, erklärte in einem Interview zur Unterschriftensammlung für den Frieden: „Die Unterschriftensammlung ist endlich einmal etwas Vernünftiges. Alle sollten unterschreiben. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß es Leute gibt, die für den Krieg sind.“

Überall unterdrückt USA den Sozialismus

Thomas Mann: Amerikanische Tendenz, den Faschismus zu unterstützen

Der große deutsche Schriftsteller Thomas Mann erklärte am Vorabend seines 75. Geburtstages in den USA, daß die guten und demokratischen Elemente in Deutschland von den westlichen Besatzungsmächten nicht genügend unterstützt werden. „Es gebe eine Bereitwilligkeit oder zumindest eine Tendenz, den Faschismus zu unterstützen und den deutschen Nationalismus als ein Bollwerk gegen Rußland zu betrachten. Alles könnte besser sein, wenn die USA energischer antifaschistisch wären und nicht glauben würden, daß ihre Hauptaufgabe darin bestehen müßte, den Sozialismus überall zu unterdrücken.“ (Nach „New York Times“)

Arbeit brauchen die Flüchtlinge

Umquartierung von einem Land ins andere schafft weder Wohnungen noch Arbeitsplätze

Bonn. (EB) Was sie hier tun, ist nur der Flüchtlingsnot und keine Beseitigung ihrer Ursachen, erklärte Abg. Oskar Müller (KPD) bei der Beratung eines Antrags, den die Redner der übrigen Fraktionen liegt die Ursache des Elends in Deutschland im Potsdamer Abkommen, wie es für sie der Faschist Dr. Richter zum Ausdruck brachte. An die verbrecherische deutsche Nazipolitik, die zu Potsdam führte, wollen sie unter keinen Umständen erinnert werden.

Der einstimmig angenommene Ausschußbericht verpflichtet die westdeutschen Länder, zunächst 600 000 Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern aufzunehmen. Dr. Lukatschek kündigte an, daß etwa im Oktober weitere 300 000 Flüchtlinge umquartiert werden müßten. Wie recht Oskar Müller mit seiner Kennzeichnung hatte, zeigt die Bemerkung Dr. Lukatscheks, daß die Flüchtlinge nicht wieder in neuen Massenquartieren untergebracht werden dürften, sondern an Orten, wo es Arbeitsmöglichkeiten und „womöglich auch Wohnungen gibt“. Dabei ist die Wohnungsnot in Westdeutschland so brennend wie die Flüchtlingsnot.

Die Lösung des Flüchtlingsproblems, sagte der Sprecher der KPD, liegt in der gleichberechtigten Behandlung dieser deutschen Menschen in allen Fragen. Er verwies auf die vorbildlichen Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik, in der es schon lange kein Umsiedlerproblem mehr gebe. Dort, sagte Oskar Müller, sitzen heute zum Beispiel auf der Fläche eines Ritterguts, das früher einem gehörte, zehn oder auch zwanzig selbständige Bauern. Während in der DDR neue Existenzen geschaffen wurden, werden in Westdeutschland weitere Existenzen vernichtet, weil die Protektorsver-

waltung die Demontage der Betriebe und damit der Arbeitsplätze unterstützt. Solange diese volksverderbende Politik betrieben wird, ist keine Lösung des Flüchtlingsproblems möglich.

Man kann uns verleumden, man kann uns verfolgen — unseren Friedenswillen aber kann keiner zerbrechen!

Henschel-Arbeiter gegen Überstunden

Kassel. (SVZ) Ein mustergültiges Beispiel von Solidarität der Werktätigen gab die Belegschaft der Hammerschmiede in den Henschel-Werken. Dort sollte der Arbeitstag von acht auf neun Stunden verlängert werden.

Getreu den am 1. Mai gestellten Forderungen, die auf Herstellung der Vierzig-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich lauteten, lehnte die Belegschaft die Einführung von Überstunden ab. Sie fordert mit allem Nachdruck die Wiedereinstellung der zur Entlassung gekommenen Arbeitskollegen.

Konservenindustrie gegen Erhard

Wir halten den Herrn Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard für den Mann, der verantwortlich für die große Arbeitslosigkeit zeichnet. Allein aus unserem Sektor der Konservenindustrie sind 30 000 Arbeitslose zu verzeichnen. Wenn man die Saatgutfirmen die Landwirtschaft, Blechwarenindustrie usw. hinzuzählt, wird sich die Zahl noch bedeutend erhöhen. Die von Herrn Erhard propagierte freie Marktwirtschaft ist totaler Blödsinn. Wir haben den Eindruck, daß Herr Erhard ein reiner Theoretiker ist, der noch nie selbst in der praktischen Arbeit gestanden hat. Wir können doch nicht in Zustände zurückverfallen, die mal vor 100 Jahren richtig gewesen sind. Die breite Masse soll freizügig leben, aber der Staat muß sich Gedanken darüber machen, welche Menge Getreide der einzelnen Sorten, Futtermittel, Süßfrüchte, Tabak, Tee, Kaffee, Kakao, zusätzliche Gemüse, Trockenfrüchte usw. pro Jahr eingeführt werden müssen ...

Was aber im letzten Jahr geschehen ist, ist so unfaßbar, daß jedem eingeweihten Menschen die Ausdrücke fehlen, um diese Dinge zu definieren. Wir haben außerdem noch den Verdacht, daß wir bei der Liberalisierung die schlechteste Partei sind und nur ausgenutzt werden.

„Industriekurier“, Düsseldorf.

Festungsgürtel von Hainan „wie ein Kartenhaus zusammengebrochen“

Es ist unmöglich die Tatsache zu ignorieren, daß die Einnahme von Hainan durch die chinesischen Kommunisten vom strategischen Gesichtspunkt aus ein bedeutendes Ereignis ist. Die Insel kontrolliert die Küsten Süd-Ost-Asiens und in erster Linie die von Indochina ...

Die Einnahme der Insel Hainan scheint endgültig der Hypothese den Todesstoß zu versetzen, daß die Kuomintang der endgültigen Auflösung entgegen könnten. Die Verteidigungsstellungen der Insel, ihr von einer Artillerie, einer Marine und einer nationalen Luftwaffe geschützter Festungsgürtel sind wie ein Kartenhaus vor dem Vormarsch einiger 100 000 Angreifer zusammengebrochen, die für ihre Landungsoperationen nur über eine ganz kleine Flotte verfügten. Es scheint offensichtlich zu sein, daß diese Operationen nur das Vorspiel zu einer größeren Expedition nach Formosa sind, zu einer Expedition, an der dann die kommunistische Luftwaffe teilnehmen könnte, deren Erscheinen am Himmel von Shanghai schon die nationalistischen Angriffe zum Aufhören gebracht hat. Es scheint beinahe unmöglich zu sein, daß die Nationalisten in der Lage sind, auf For-

Pressestimmen

massa unbegrenzten Widerstand zu leisten, wo die Partisanengruppen wahrscheinlich ebensogut organisiert sind, wie es auf Hainan waren und wo die internen Zwistigkeiten weiterhin wie bisher andauern, trotz der Versuche einer militärischen Umstellung, wie sie von Tschiangkai-Schek seit vielen Monaten versucht wurde. Diese Erwartungen können Washington nicht entgangen sein, wo die Plaidoyers zu Gunsten des Generalismus im übrigen immer seltener werden und wo die Appelle seiner Wortführer zugunsten einer letzten Hilfe immer weniger Echo finden. Die Einnahme von Hainan wird zu einer Verminderung der nationalistischen Blockade über die Südküste von China führen und die gegen die Chousan-Inseln ausgeübten Operationen, gegen die Inseln, die den Eingang nach dem Hafen von Shanghai kontrollieren, können auch zu einer Öffnung desselben führen. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit China damit ins Auge gefaßt werden und die Hoffnungen, die die britischen Kreise in Hongkong gesetzt haben, scheinen auf neue gerechtfertigt. Das ist eine Tatsache, der die westlichen politischen Strategen in dem Augenblick Rechnung tragen müssen, in dem sie sich darauf vorbereiten, in London die große Linie einer „totalen Diplomatie“ festzulegen. „Le Monde“, Paris.

Schießen auf Deutsche hätte schwere Auswirkung auf westliche Besatzung

Alle unsere Vorbereitungen (zur Verhinderung des Pfingsttreffens der deutschen Jugend in Berlin, d. Red.) scheinen mir von einer allzu vereinfachten und wahrhaft naiven Anschauung der Ereignisse diktiert zu sein ...

Wenn man uns provozieren könnte, auf Deutsche zu schießen, würde das eine sehr schwere Auswirkung auf die westliche Besatzung, die Bonner Regierung und die deutschen Westberliner Behörden haben. Das Niederschießen junger Deutscher durch amerikanische Soldaten, die in Berlin für „Frieden“ und „Einheit“ (wozu die Anführerstriche, d. Red.) demonstrieren, wäre ein überwältigender Erfolg für die Sowjetregierung und die deutschen Kommunisten ...

Ist Außenminister Acheson auch auf die psychologischen und politischen Konsequenzen gefaßt, wenn unsere Soldaten auf junge Deutsche schießen, wenn sie, wie die Weimarer Republik vor Hitler, provoziert werden, Mätyrler für die — wie man es darstellen will — Sache der deutschen Einheit und des Widerstandes gegen die Spaltung und Besetzung Deutschlands zu schaffen?

Walter Lippmann, in der „New York Herald Tribune“

WIR SIND

DEUTSCHLANDS



NEUES LEBEN

Pionierlied

Wir wollen junge Menschen sein, denen wieder die Sonne scheint. Wir wollen unser Land befreien, daß nie eine Mutter mehr weint. Wir wollen Pioniere sein, die Ueberall Brücken bauen. Und von Land zu Land schlingt das blaue Band, der Pioniere Freundschaft und Vertrauen.

Der Endsput hat begonnen

Alle friedliebenden Kräfte müssen sich einsetzen für das Gelingen des großen Friedentreffens

Heute in 14 Tagen, am 24. Mai 1950, wird die deutsche Jugend als Auftakt zu ihrem großen Friedentreffen an Pfingsten die Eröffnung der Republik der Jungen Pioniere in der Wuhlheide bei Berlin erleben.

monstrieren, singen und tanzen, in dem man es ihr erlaubt hat. Sie fürchten ihre Entlarvung. Aber das ist es gerade, wovor die westlichen Kriegshetzer so Angst haben.

Die deutsche Jugend im Westen wie im Osten aber ist in den letzten Tagen überal zum Endsput gestartet. Während die Jugend der DDR ihre Kulturprogramme probt, während die Berliner mit Riesenritten an den letzten Bauarbeiten vorwärts kommen.

Die Jugend selbst muß in den letzten entscheidenden Tagen gleichfalls noch einmal alle Kräfte einsetzen. Hunderte von Aufgaben sind zu erfüllen. Werbung, Agitation, Ausspracheabende mit der bisher abseits stehenden Jugend und den Eltern.

Tage des Frohsinns im großen Zeltlager

Die Pionierrepublik - ein Erlebnis für 20 000

Das Deutschlandtreffen wird nicht nur eine Sache der älteren Jugendlichen sein. Auch unsere jungen Pioniere werden an dem Ereignis teilhaben - allerdings etwas anders als die „Großen“, aber es wird bestimmt sehr schön werden.

racken aufgestellt. In ihnen haben die Räume für die Arbeitsgemeinschaften ihren Platz; Räume für die Arbeitsgemeinschaften Modellbau und Segelflug, ein agrochemisches, ein agrotechnisches und physikalisches Kabinett, eine Rettungstation und ein eigenes Postamt.

So griff man zu den bewährten Methoden des Terrors, der gemeinen Verleumdung und der brutalen Einschüchterung der Jugend. In Westberlin und aus allen Teilen Westdeutschlands gehen laufend Meldungen ein, wie die Polizei junge Friedenskämpfer verhaftet, ihnen das Kleben von Friedensplakaten verbietet, Versammlungen der Jugend mit allen Mitteln verhindert.

Das beweist im Grunde die Wirkungslosigkeit der ganzen Hetze. Die Kriegshetzer müssen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Jugend auch gegen ihr hysterisches Geschrei durchsetzt. Dagegen helfen selbst Flugblätter

gens herauskommt und zu einer wirklichen Kraft wird. Die Voraussetzung dazu ist selbstverständlich, daß die Freunde der FDJ die Wichtigkeit der Pionier-Arbeit erkennen und mit der Unterschätzung dieses Gebietes energisch Schluß machen.



blük entstehen, die Pionierrepublik „Ernst Thälmann“. Zwanzigttausend Pioniere aus allen Teilen Deutschlands werden hier acht herrliche Tage erleben. 1200 Zelte, feste Küchenanlagen, gute Waschgelegenheiten stehen zur Verfügung. Die besten Pionierleiter werden mit den Pionieren fahren.

Am Sonntag, dem 23. Mai, werden am frühen Morgen alle 20 000 Pioniere mit S-Bahnsonderzügen nach Berlin fahren, um dort die große Demonstration mitzuerleben. Am 31. Mai fahren dann alle Pioniere mit neuen Kräften in ihre Heimatorte zurück.

Keine Vernachlässigung der „Jungen Pioniere“

Tagung der Pionierleiter der FDJ aus Südwestdeutschland in Mannheim

Mit einem frischen Lied begann am vergangenen Wochenende in Mannheim-Waldhof die Tagung der Leiter der „Jungen Pioniere“, zu der aus allen Teilen Südwestdeutschlands, Hessen und Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden, Südwürttemberg und Südbaden Vertreter erschienen waren.

schneit gehalten werden, damit sie desto leichter die Unterdrückung unseres Volkes hinnimmt und williges Werkzeug der herrschenden Kreise wird.

Drüben: Hilfe von allen Seiten. Berlin. In der Deutschen Demokratischen Republik findet die Jugend bei der Vorbereitung des großen Deutschlandtreffens von allen Seiten der Bevölkerung große Hilfe.

Ein Brief aus dem Gefängnis

Die sieben eingekerkerten Freunde aus Hannover schreiben an alle Friedenskämpfer

Hannoversche schreiben an alle Friedenskämpfer

Die sieben jungen deutschen Patrioten, die vom britischen Militärgericht wegen ihres mutigen Eintretens für deutsches Recht in Deutschland ins Gefängnis geworfen wurden, haben an die Redaktion der niedersächsischen Zeitung „Die Wahrheit“ einen Brief gerichtet, in dem sie alle jungen Friedenskämpfer aufrufen, unerschütterlich aktiv tätig zu sein.

berücksichtigen, werden wir auch bald in Westdeutschland die FDJ zu einer Massenorganisation gemacht haben. Freund! Wir sind ständig bei Euch, bei Eurer Arbeit.

Wie man aus einer Mücke einen Elefanten macht

Stand da im „Mannheimer Morgen“ vom 4. Mai einen „Brief an die Herausgeber“, der sich unter der Überschrift „Wird Jugend wieder durch Jugend erzogen“ mit einem „welterschütternden Ereignis“ befaßte: Nach einer Friedenskundgebung waren einige Jugendliche gemeinsam Lieder singend und mit ihrer Fahne vom Versammlungsort lokal bis zur Friedrich-Brücke in Mannheim gezogen.

Die besten Kampfesfreude an alle Jugendfreunde, an alle Friedensfreunde. Es lebe unser gemeinsamer Kampf für den Frieden, die Einheit und den Abzug der Besatzungstruppen!

Freundschaft. Eure 7 Jugendfreunde.

Weltjugend beim Deutschlandtreffen

Das Deutschlandtreffen der Jugend wird nicht nur ein Treffen der gesamten deutschen Jugend. Bereits heute haben zahlreiche ausländische Jugendorganisationen zugesagt, 1950 in Berlin vertreten zu sein.

harten Verfolgungen, denen sie ausgesetzt ist, nicht die Mühe gescheut, einen Vertreter zu entsenden.

Denkt an unsere Freunde im Gefängnis! Sie sind in Gedanken stets bei uns! Schreibt ihnen Solidaritätskarten ins Gefängnis Hannover, Leonhardstraße 1.

Fahrbare Postämter bei Deutschlandtreffen. Berlin. Die Oberpostdirektion Berlin hat beschlossen, während des Deutschlandtreffens ein fahrbares Postamt einzurichten.

Großartige Darbietung der Mecklenburger Sportler. Potsdam. 820 Sportler aus Mecklenburg werden an der großen Sportschau am Pfingstmontag in Berlin mitwirken.

Als sich die Jugendlichen gerade verabschieden wollten und ihr letztes Lied sangen, kamen zwei „pflichtbewußte“ Polizisten des Weges, die „Aufhören“ befahlen und einen der Jugendlichen festnahmen. Wegen „nächtlicher Ruhestörung“ angeblich. Zwar soll man in den Straßen westdeutscher Städte heutzutage öfters auch andere „Zeitgenossen“ finden können, die sich recht „laut“ benehmen, wogegen die Polizei meist weniger „straff“ einschreitet.

Jugendfreunde! Wir rufen Euch zu: Folgt dem Beispiel der Jugendfreunde Schobert aus Wolfenbüttel und Harbot aus Celle! Setzt im verstärktem Maße die Sammlung der Friedensunterschriften fort! Jeden Tag, den wir versäumen, für den Frieden zu kämpfen, wird sich in der Zukunft rächen!

Für Quartiere wird gesorgt. Berlin. Tausende von Helfern sind in Berlin seit Wochen dabei, die Quartiere für die 500 000 vorzubereiten. Ueberall haben die „Quartiermacher“ vorgesprochen. Gute Erfolge belohnen ihren Einsatz.

Kein Arbeitsdienst, keine Westarmee. Darum: Trotz Hetze. PFINGSTEN 1950 NACH BERLIN!

„MAS“ auf. Das Bild löst sich in den Buchstaben „MAS“ auf.

Vorwärts zum Deutschlandtreffen in Berlin!

Delegierte zum Kongreß junger Friedenskämpfer gewählt — Großer Erfolg der Kreiskonferenz der Berlinfahrer in Lörrach

Lörrach. Durch die Initiative des vorbereitenden Ausschusses zum Deutschlandtreffen im Bezirk Lörrach trafen am 7. Mai im Haus der Jugend (altes Stadttheater) Lörrach, die Teilnehmer und Interessenten am Deutschlandtreffen, sowie die Freunde und Gönner der Jugend zu einer großen Aussprache zusammen. Ueber 100 Jugendliche Eltern und Interessenten waren der Einladung des vorbereitenden Ausschusses gefolgt.

Die junge FDJ-Gruppe Schopfheim eröffnete die Aussprache mit einem Lied der Freien Deutschen Jugend und einer gut vorgetragenen Rezitation.

Der bekannte Hochschulprofessor und Friedenskämpfer, Dr. E. Reinau, sprach dann in klaren und eindringlichen Worten über die Notwendigkeit des Kampfes um den Frieden und der Herstellung der demokratischen Einheit unseres Vaterlandes. Er zeigte

Deutschlandtreffen — Friedentreffen

mit anschaulichen Beispielen die verbrecherischen Kriegsvorbereitungen der Brandstifter eines neuen Krieges auf und entlarvte in logisch-klarer Beweisführung die wieder neuauftretende faschistische „Lebensraumtheorie“.

Professor Dr. Reinau nahm dann zur Lage der deutschen Jugend Stellung. Auf Schärfe verurteilte er die Pläne der westlichen Kriegsvorbereitungen mit der deutschen Jugend. Seine Schilderung über die soziale Lage der Jugend in Westdeutschland war zugleich eine ernste Mahnung an alle, klar die heutige Situation zu erkennen und sich aktiv für die Verwirklichung der Ziele der jungen Generation einzusetzen. Prof. Dr. Reinau bezeichnete das Deutschlandtreffen der Jugend im Kampf der deutschen Jugend für den Frieden, für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes.

In seinen weiteren Ausführungen ging Prof. Dr. Reinau auf das Wesen des Verleumdungsfeldzugs der Brandstifter eines neuen Krieges gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte in aller Welt, gegen die Sowjetunion und gegen die Deutsche Demokratische Republik ein. Er verurteilte diese schamlose Hetze auf das Entschiedenste und forderte alle Jugendlichen auf, die Gelegenheit, Pfingsten 1950 Berlin zu besuchen ausgiebig auszunutzen und sich mit eigenen Augen vom wirklichen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik zu überzeugen.

Als zweiter Redner sprach ein Vertreter des Zentralbüros der FDJ aus Frankfurt am Main über die Bedeutung und den Inhalt des großen Friedentreffens der Jugend. Er gab den Anwesenden ein klares Bild von der organisatorischen Durchführung des Friedentreffens der Jugend und von den hervorragenden kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, die die Teilnehmer des

Gefährlicher Verkehrspunkt
Ueberlingen. (Volkskorp.) In der vergangenen Woche fuhr wieder einmal ein Personenwagen, aus der Hafenstraße kommend, in den Mantelhafen. Der mit 5 Personen besetzte Wagen überschlief sich zweimal und blieb mit den Rädern nach oben auf der Treppe, die zum Wasser führt, liegen. Außer mit leichten Verletzungen kamen die Insassen mit dem Schrecken davon.

Der Stadtrat hat kürzlich die geplanten Änderungen an diesem äußerst gefährlichen Verkehrspunkt auf den Herbst verschoben, da die Bauarbeiten den Fremdenverkehr hindern würden. Den ganzen Winter über hätte man wohl Zeit gehabt, diesen unmöglichen Zustand zu ändern.

Kleinarbeit ersetzt nicht kollektiv arbeitende Leitungen

Müllheim. In der am vergangenen Sonntag in Müllheim, Gashaus zum Bad, durchgeführten Mitgliederversammlung wurde festgestellt, daß trotz der Kleinarbeit einiger Genossen eine wesentliche Schwäche der Ortsgruppe in der mangelnden kollektiven Arbeit der Leitung liegt. So kommt es, daß ideologische Unklarheiten nicht durch eine gut vorbereitete Diskussion beseitigt werden, verschiedene Genossen den Kontakt mit der Partei verloren haben und die Ortsgruppe in Gefahr gerät, sich von den unmittelbaren Forderungen und Interessen der Bevölkerung zu entfernen. Aus diesem Grunde wurde die Leitung in Zusammenarbeit mit dem Instrukteur der Landesleitung beauftragt, einen Arbeitsplan auszuarbeiten, der vor allem berücksichtigt, die Diskussion über die ideologische Resolution und die Resolution der 15. PV-Tagung nachzuholen, die Neuwahlen der Leitung vorzubereiten und die politische Aufgabenstellung der Parteieinheit Müllheims festzulegen.

Zur Vorbereitung der nächsten Mitgliederversammlung wurde auf Freitag, 12. Mai, eine Leitungssitzung anberaumt, in der entsprechende Maßnahmen und die Verantwortung der einzelnen Leitungsmitglieder für die Durchführung des Arbeitsplans festgelegt werden.

Um die Ortsgruppe auf eine breitere Grundlage zu stellen, wurde beschlossen, an alle Genossen und ehemaligen Mitglieder der Parteioorganisation in Müllheim heranzutreten und ihr Verhältnis zur Partei festzustellen, da ein Teil der früheren Mitglieder aus rein persönlichen Differenzen aus der Partei ausgetreten waren. Ebenso soll auch der Kontakt mit allen Lesern und ehemaligen Lesern der Parteizeitung aufgenommen werden, um die Werbung für „Unser Tag“ zu erweitern. Dabei müssen vor allem diejenigen Genossen erfaßt werden, die nicht regelmäßig U. T. lesen.

Weiter sollen geeignete Schritte unternommen werden, um die Jugend in der Partei und auch andere an politischen Fragen interessierte Jugendliche zu mobilisieren, sich aktiv in den Kampf für die unmittelbaren Interessen der Bevölkerung einzusetzen. Hierbei sind besonders Heimkehrer aus der Sowjetunion zu berücksichtigen sowie diejenigen jungen Kräfte, die ihren Willen, etwas zu tun, durch ihre positive Beteiligung an der Unterschriftensammlung des Friedenskomitees bewiesen haben. Hierbei soll auch das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin in stärkerem Maße als bisher Berücksichtigung

Deutschlandtreffens in Berlin erwarten. Wörtlich führte er aus:

„Alle verbrecherischen Pläne mit der deutschen Jugend und alle üblen Verleumdungen sind einzig und allein ein Ausdruck der steigenden Schwäche der anglo-amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihrer Agenten. Die friedliebende demokratische Jugend aus ganz Deutschland wird durch ihre 500 000 Delegierten in Berlin aller Welt beweisen, daß sie aus der Vergangenheit des deutschen Volkes gelernt hat und daß sie sich nie wieder zum Handwerkszeug einer verbrecherischen und abenteuerrischen Machtgruppe degradieren läßt. Die geschlossene Wille zum Frieden, zur Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und zur Völkerfreundschaft, sowie die Forderung nach der Verwirklichung der Lebensrechte der jungen Generation, — das ist der politische Inhalt des Deutschlandtreffens der Jugend Pfingsten 1950 in Berlin.“

Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft und beleuchtete die durch die beiden Referenten aufgeworfenen Fragen positiv von allen Seiten. Mit lebhafter Zustimmung nahmen die Anwesenden den anschaulichen Bericht eines Heimkehrers auf, der in einem kurzen Erlebnisbericht alle läugerhaften Behauptungen über die Frage der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion entlarvte und sich eindeutig für das große Friedentreffen der deutschen Jugend in Berlin aussprach.

Freiburger Haushaltsplan eine Bankrotterklärung

40 Millionen DM Schulden lasten 1950 auf der Stadt

Freiburg. In Kürze soll im Stadtrat mit der Debatte über den „Haushaltsplan“ für das Rechnungsjahr 1950 begonnen werden. Wir bringen im folgenden die wesentlichen Punkte dieses sogenannten Planes, der im Grunde genommen nichts anderes als eine völlige Bankrotterklärung darstellt. Der sogenannte ordentliche Haushaltsplan sieht Einnahmen in Höhe von 24 422 670 DM vor, die im wesentlichen aus Steuern zu Lasten der werktätigen Bevölkerung und aus Darlehen gedeckt werden. Trotzdem ergibt sich aufgrund der vorgesehenen Ausgaben ein Defizit von 3 405 400 DM, für das bisher keine Deckung gefunden wurde. Im Vorbericht zum „ordentlichen“ Haushaltsplan steht deshalb:

„Der ordentliche Haushaltsplan für 1950 konnte trotz starker Kürzung der von den Dienststellen beantragten Ausgaben nicht ausgeglichen werden. Dringende Aufgaben und Anschaffungen mußten zurückgestellt werden.“ (!! Die Red.)

Der „außerordentliche“ Haushaltsplan sieht Einnahmen in Höhe von etwa 20 Millionen DM vor, die fast restlos durch Aufnahme von Darlehen gedeckt werden sollen. Hierunter fallen auch die Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau, für den etwa 10 Millionen DM für das Jahr 1950 vorgesehen sind.

Ungewöhnliche Verschuldung der Stadt Freiburg
Im Zusammenhang mit der Beratung des Haushaltsplanes wird auch zur Verschuldung der Stadt Freiburg Stellung genommen. Aus einer von der Stadtverwaltung herausgegebenen Uebersicht geht hervor, daß die Verschuldung der Stadt zur Zeit etwa 21 Millionen DM beträgt. Diese setzen sich wie folgt zusammen: 107 804 Dollar, 2 027 558 Schweizer Franken und 18 875 896 DM. Für das Jahr 1950 ist vorgesehen für den Wohnungsbau neu 10 720 000 DM aufzunehmen, wozu noch weitere 8 Millionen DM zur Deckung des außerordentlichen Haus-

Aus der weiteren ausführlichen Diskussion sind wertvolle Beiträge von dem Vertreter der Gewerkschaften, Hunzinger vom Vertreter der VVN, Karl Schneider, und vom Kreismeister im Ringen, Joseph Knoll, abgegeben worden. Diese und die weiteren Diskussionsbeiträge sprachen sich eindeutig für die Forderungen der deutschen Jugend, die sie in Berlin erhebt, aus und unterstrichen die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden und den Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Krieges und ihrer üblen Hetze.

Einen wertvollen Diskussionsbeitrag gab im Namen des Landesvorstandes der FDJ Südbaden, der Jugendfreund Richard Böck. Er führte aus, daß es die Aufgabe eines jeden Mitgliedes der FDJ sei, sich neben der Unterschriftensammlung für den Frieden und neben der Beteiligung am Deutschlandtreffen noch aktiver in die Gewerkschaftsarbeit einzusetzen.

„Unsere Antwort auf die Entscheidung der jugendfeindlichen DGB-Führung lautet: Jeder FDJler ein aktiver Gewerkschafter! Seine Ausführungen wurden von allen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen.“

Einen Höhepunkt in der Aussprache bildete die einstimmige Wahl von 18 Delegierten für den Landesfriedenskongreß am 21. Mai 1950 in Freiburg. Diese Delegierten Mitglieder der FDJ, Gewerkschafter, Sportler und Parteilose, werden zugleich am Kongreß junger Friedenskämpfer, Pfingsten

Freiburger Haushaltsplan eine Bankrotterklärung

40 Millionen DM Schulden lasten 1950 auf der Stadt

haltsplans kommen. Insgesamt würde demnach die Verschuldung der Stadt Freiburg am Ende des Jahres 1950 knapp 40 Millionen DM betragen. Diese Summe ist fast so hoch, wie die vorgesehenen Ausgaben des „ordentlichen“ und „außerordentlichen“ Haushaltsplans für das ganze Jahr 1950!

Eine eindeutige Bankrotterklärung hat wohl in der Geschichte der Stadt Freiburg noch kein Oberbürgermeister abgeben müssen, zumal einschließlich der neu aufzunehmenden Schulden für das Jahr 1950 an Zinsen und Tilgungsgeldern über 2 Millionen DM zu zahlen sind!

Jede neue Belastung der Bevölkerung muß abgelehnt werden!

Die Ursachen dieser riesigen Verschuldung Freiburgs liegen eindeutig in der gegen die Interessen der Bevölkerung gerichteten Politik der südbadischen Regierung, die seitens des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg die vollste Unterstützung gefunden hat. Dies muß man sehen, wenn man an verschiedenen Stellen des ordentlichen Haushaltsplanes lesen muß, daß das Land Südbaden seine Verpflichtungen gegenüber der Stadt nicht erfüllt hat. Zweifellos liegt in der Tatsache, daß die Beschaffung der für den Wiederaufbau der Stadt Freiburg erforderlichen Mittel, die im Haushaltsplan noch viel zu niedrig angesetzt wurden, der Stadt überlassen wird, eine wesentliche Ursache der ungeheuren Verschuldung. Deshalb muß als erstes gefordert werden, daß das Land die Millionen zur Verfügung stellt, die für den allgemeinen Wiederaufbau und besonders den Wohnungsbau in der Stadt Freiburg notwendig sind. Dies aber wird nur möglich sein, wenn man die südbadische Regierung, entsprechend den immer wieder gestellten Anträgen der Kommunistischen Partei zwingt, die

1950 in Berlin, die Delegation des Wiesenthales (Bezirk Lörrach) bilden.

Am Schluß der Aussprache wurden je ein Begrüßungsschreiben an den Landesfriedenskongreß und an den Kongreß junger Friedenskämpfer in Berlin einstimmig angenommen. Ein weiteres Schreiben wurde an den Landesjugendausschuß gerichtet, in dem es heißt: „... die Forderung nach einem vierwöchentlichen Jugendurlaub dem südbadischen Landtag erneut vorzutragen.“

Die erfolgreiche und bedeutsame Aussprache wurde mit dem gemeinsamen Absingen der Hymne der Deutschen Demokratischen Republik beendet. Erneut kam der einheitliche Wille der deutschen Jugend im Kampf um den Frieden, für die demokratische Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und für ein besseres Leben zum Ausdruck.

Guter Erfolg der jungen FDJ-Gruppe Schopfheim

Schopfheim. Am 6. Mai 1950 stellte die junge FDJ-Gruppe Schopfheim erneut ihre aktive Tätigkeit unter Beweis. In einem Elternabend zeigte sie vor den erschienenen Gästen ein gutes kulturelles Programm. Besonders erfolgreich ist es für uns, zu berichten, daß die FDJ-Gruppe Schopfheim nahezu geschlossen mit nach Berlin fährt und dort mit ihren Volkstänzen und Heimatliedern vor den Vertretern der gesamten deutschen Jugend singen, tanzen und spielen wird.

Zahlung der Besatzungskosten zugunsten der deutschen Bevölkerung einzustellen

Darüber hinaus aber wird sich jeder denkende Mensch im klar sein, daß man das Defizit von 3,5 Millionen DM und die Schulden der Stadt nicht aus der Welt zu schaffen trachtet, ohne die Bevölkerung zur Bezahlung der Bankrottopolitik der Herren Bürgermeister und Finanzreferenten heranzuzwängen zu wollen. Man wird dabei zweifellos Wege einschlagen wollen, von denen man im Landtag bereits sehr deutlich gesprochen hat. Wir erinnern nur an die vorgesehenen 20 Millionen DM, die im Jahre 1950 durch eine sogenannte Wohnraumsteuer von den breiten Massen der Bevölkerung aufgebracht werden sollen. Hier muß sofort ein Riegel vorgeschoben werden, der selbst so beschlagene Leuten wie dem OB, unmöglich ist, ohne breitesten Protest zu durchbrechen.

Jede Diskussion im Stadtrat, die nicht von diesen elementarsten Forderungen ausgeht, und dafür sorgt, daß den Bedürfnissen der unzähligen Wohnungssuchenden, der Arbeitslosen und Rentempfänger, der Fliegergeschädigten und Kriegsversehrten endlich Rechnung getragen wird, geht am Hauptproblem vorbei und ist nicht geeignet, den Forderungen der breiten Schichten der Bevölkerung gerecht zu werden.

Aus diesem Grunde fordern wir die Stadtverwaltung auf, die Frage des Haushaltsplans angesichts der ungeheuren Verschuldung, angesichts des Defizits, ganz zu schweigen von den Besatzungskosten, über deren Höhe im vorliegenden Plan nichts verlautet (auf die wir aber noch zurückkommen werden), nicht im stillen Kämmerlein zu behandeln, sondern allen interessierten Organisationen, besonders den Gewerkschaften, den Innungen und Kammern, den Geschädigtenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden vorzulegen und damit die breiteste Öffentlichkeit über die finanzielle Situation der Stadt zu unterrichten.

„Parteilosende“ betrachten. Hier liegt eine Ursache, daß unsere Zusammenkünfte in den Grundelnheiten der Partei auch nicht immer das geben, was unsere Genossen brauchen, um als Kommunisten handeln zu können. Dies müssen und können wir schnellstens abstellen.

Mit dem Hinweis, daß unsere Organisationsarbeit in drei Gruppen mit je zwei Genossen zur Unterschriftensammlung eingeteilt wurde, die eine bereits 200, die andere zirka 120 Unterschriften sammelte, ist sowohl auf die großen Möglichkeiten hingewiesen, aber auch der Umstand aufgezeigt worden, daß bis jetzt sich lediglich zehn Prozent der Genossen beteiligten, ja, ein Teil der Genossen nicht einmal eine Liste erhielt. Dies besagt, daß ein Teil der Genossen der Ernst der Lage, die große Bedeutung und Verantwortung besonders jedes Kommunisten im Kampf für den Frieden noch nicht zur Genüge begrifflich gemacht wurde. Unterstrichen wurde dies durch die Ausführungen eines Genossen, der zum Ausdruck brachte, daß 95 Prozent der zur Unterschrift Aufgeforderten sich in die Friedensliste einzeichneten. Besonders habe sich auch eine große Aufgeschlossenheit bei den jungen Menschen feststellen lassen.

Die Wohngebietsgruppe beschloß, daß jeder Genosse eine Unterschriftenliste erhalten und das Pfingsttreffen der Jugend stärker unterstützt werden muß.

Man beschloß, die Patenschaft für einen Jugendlichen zu übernehmen und sammelte in der Versammlung selbst bereits 12 DM.

Ferner wurde festgelegt, dem Vertrieb von „Unser Tag“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken und durchzusetzen, jeden Genossen zum Leser, bzw. Abonnenten von „U. T.“ zu machen. Ein Genosse konnte berichten, beim letzten Freiverkauf in einer halben Stunde 30 Exemplare „U. T.“ abgesetzt zu haben.

Die Teilnahme der Genossen an dieser ersten Versammlung zur Neuwahl der Leitung war gut. Ihr ging eine Funktionärsitzung und das persönliche Aufsuchen der Genossen voraus. Für die nächste Versammlung wurde festgelegt, soll ebenfalls wieder so eingeladen werden. Der Diskussion dieser Versammlung soll eine Resolution zugrunde gelegt werden, die von der Leitung kollektiv ausgearbeitet wird, und die in der Diskussion aufgezeigten Momente berücksichtigt, kritisch und selbstkritisch zu den Schwächen und Mängeln der Leitung der Gesamtgruppe Stellung nimmt und aufzeigt, wie in Zukunft die Durchführung der Beschlüsse und Aufgaben gesichert und jedes Mitglied durch eine Arbeit erfaßt wird.

Aus dem Parteilben

Nachruf
Singen. In diesen Tagen verstarb nach langem schwerem Leiden im Alter von nahezu 63 Jahren unser Genosse Karl Reutemann. Mit ihm ist wieder einer unserer Veteranen dahingegangen. Er stand von früher Jugend an als Gewerkschafter in den Reihen der Arbeiterbewegung. Seit 1925 gehörte er unserer Partei an; ihr galt bis in seine letzten Lebensstunden sein Interesse. Wir verlieren in ihm einen alten treuen Genossen, der vielen ein Vorbild war und sich allerseits Vertrauen und Ansehen erworben hat. Wir betrauern seinen Verlust und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Kommunistische Partei Singen.

Lahr. Am Samstag, den 13. Mai, findet um 20 Uhr in Lahr im Gasthaus zu den „Drei Königen“ die außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tagsordnung: Neuwahl der Leitung. Die Tagesordnung erfordert die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder.

Kehl. Am Sonntag, den 14. Mai, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ in Kehl-Sundheim eine wichtige Landkreiskonferenz statt. Wir erwarten das Erscheinen sämtlicher Ortsgruppenfunktionäre. Gleichzeitig soll mit dem Kreisassessor abgerechnet werden und die vollgesammelten Friedenslisten abgegeben werden.

Sonderverkauf „UNSER TAG“

Freiburg. Am kommenden Wochenende findet der regelmäßige Sonderverkauf „UNSER TAG“ statt. Die Genossen werden gebeten, über ihre Wohngruppenleitungen, die Zeitungen zu beziehen. Die Funktionäre der Grundeinheiten können die Zeitungen ab Samstag früh, 8 Uhr, in der Vaubanstraße 12, abholen.

Das Komitee der Kämpfer für den Frieden ruft auf zum

Landesfriedenskongreß am 21. 5. 1950 in Freiburg

Betriebe, Kriegsversehrten-, Fliegergeschädigten - Organisationen, Heimkehrer, Sport-, Jugend- und Frauenverbände, wählt Eure Vertreter!

Es geht um die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Friedensfreunde, meldet die Zwischenergebnisse der Unterschriftensammlung im Orts- und Kreismaßstab!

Organisiert auf's Neue die Unterschriftensammlung

Jede Unterschrift ist ein Beitrag für die Erhaltung des Friedens, ein Schlag gegen die Bedrohung durch die Atombombe; eine Aburteilung jener Regierung, welche die Atombombe als erste zur Anwendung bringen wird!

Ausspracheabende über das Deutschland-Treffen

Offenburg. Zur Werbung und Aufklärung über das Deutschland-Treffen der Jugend an Pfingsten 1950 in Berlin finden in der Woche vom 8. Mai bis 14. Mai im Bezirk Offenburg öffentliche Jugendaussprachen statt und zwar an folgenden Orten:

Eigersweier: Mittwoch, 10. Mai, abends 20 Uhr. Verantwortlich: Jgfr. Rudi Haber, Eigersweier.

Rust bei Ringsheim: Donnerstag, den 11. Mai, abends 20 Uhr. Verantwortlich: Jgfr. Ludwig Denz, Offenburg.

Achern: Freitag, den 12. Mai, abends 20 Uhr. Verantwortlich: Jgfr. Edith Gruber, Achern.

Offenburg: Freitag, den 12. Mai, abends 20 Uhr. Verantwortlich: Jgfr. Kurt Roß, Offenburg.

Lahr: Die Aussprache wird mit den Teilnehmern persönlich durchgeführt von Jgfr. Ludwig Denz.

Der Hebeltag 1950

Lörrach. (Volkskorp.) Lörrach rüstet auch dieses Jahr am Sonntag, den 14. Mai wieder zum traditionellen Hebeltag. Während das Programm für den Sonntag mit dem Festgottesdienst, der Hebelmusik im neuen Rosenfeldpark und dem nachmittäglichen Umzug mit anschließendem Hebeltrunk, dem bisher gewohnten Rahmen der Hebeltag entspricht, wird in diesem Jahr bereits am Samstag abend ein „Lichttag“ der Lörracher Jugend stattfinden. Der Fackelzug wird durch die Straßen der Innenstadt ziehen und im Hebelpark enden. Dort wird der

Freund, hast Du auch Deine Sparte zum Deutschlandtreffen nicht vergessen?

Präsident des Hebelbundes zu den Lörracher Schülern sprechen. Für den Sonntag selbst kann auch in diesem Jahr mit einem zahlreichen Besuch aus der Schweiz gerechnet werden, zumal es gelungen ist, für den Hebeltag Erleichterungen im Grenzübertritt zu erreichen. Tagesscheine, die eine zweitägige Dauer haben, kosten für die Besucher des Hebelbundes 50 ct und für Kinder ist der Grenzübertritt kostenlos gestattet. Hiermit ist auch vielen Hebelfreunden der arbeitenden Schichten der Schweizer Bevölkerung die Gelegenheit zur Teilnahme am Hebeltag in Lörrach gegeben.

Wie alle Jahre wird aber auch dieses Jahr wieder als Auftakt zur Hebelfeier am Donnerstag, den 11. Mai, in der Stadthalle in Lörrach „Das Schatzkästlein“ einen Blick in das Leben und Schaffen des Markgräfers Heimatdichters gestatten und die Hebelfreunde Lörrachs werden dort Gelegenheit haben, den Hebelpreisträger des Jahres 1950 in seiner Rede persönlich kennenzulernen. (pi)

Ich wende mich an die Frauen und Mütter

von Maxim Gorki

Nicht nur an die Frauen Amerikas, nicht nur an die Millionen europäischer Mütter, sondern auch an diejenigen Mütter, deren morgen oder in einem Jahr das Verderben ihrer Kinder droht. Warum schweigst du, die du die Qualen geboren hast? Warum erhebt sich nicht eure mächtige Stimme gegen den Wahnsinn, der die Welt in ein Giftwolke zu hüllen droht? Ihr Mütter, seid die einzige und urewige Macht, die die vom Tode heimgesuchte Erde immer wieder mit Leben füllt.

klaren Denker. Warum seid Ihr dann so ruhig, so gleichgültig angesichts des ihm drohenden Verderbens?

Mütter! Frauen! Euch gehört die Stimme. Euch gehört das Recht, Gesetze zu schaffen. Ihr seid die Lebensspender. Ihr müßt Euch einig und geschlossen zum Schutze des Lebens gegen den Tod erheben. Ihr seid die ewigen Hasserinnen des Todes. Ihr seid die Kraft; die unermüdet kämpft und siegt.

Warum haltet Ihr in diesen Tagen, da wieder Unheil heraufzieht, eure Söhne nicht von dem verfluchten Gemetzel zurück? Warum erhebt Ihr nicht die Stimme zum Schutze des Lebens gegen alle, die nach Zerstörung und Verderben dürsten? - Warum?

Ein Negerkind erzählt:

Ich komme aus Amerika. Mein Vater hat mir erzählt: Vor vielen, vielen Jahren lebten Neger in Afrika. Sie jagten, fischten und wohnten in Bambushütten. Sie waren frei und das Land gehörte ihnen.

Da kamen viele Männer mit weißen Gesichtern und schrecklichen Feuerbüchsen. Die Neger wurden verschleppt. Die weißen Männer brachten sie mit einem Schiff nach Amerika. Sie mußten für die Weißen arbeiten, mußten hungern und wurden geschlagen. Das war vor vielen, vielen Jahren.

Das zweite Negerkind erzählt weiter: In Amerika sind große Städte mit hohen Häusern, viele Stockwerke hoch. Die Neger leben ein herrliches Leben. Die Neger

aber sind arm. Die weißen Menschen verachten uns. Sie setzen sich nicht mit uns auf eine Bank. Sie geben uns nicht die Hand. Einmal wollte ich mit meiner Mutter in der Straßenbahn fahren. Die weißen Menschen wollten nicht neben uns stehen und warfen uns auf die Straße. Wir haben uns beide sehr weh getan.

Da kamen weiße Kinder angelaufen. Das waren Arbeiterkinder wie wir. Sie hoben meine Mutter auf, sie legten alle Sachen, die aus der Tasche gefallen waren, wieder hinein. Sie gaben mir die Hand; jetzt glaube ich, daß die weißen Kinder nicht böse sind. Ich bin froh zu Euch gekommen, weil ich weiß, wir wollen uns alle liebhaben.

Was ist Friede? Auszug aus einem Artikel von Anna Seghers

Ich sah in der letzten Zeit viele Briefe und Zeichnungen von Schülern, die das Widerspiel, was Krieg und Friede in ihr Gedächtnis eingepreßt hat. Ich las viele Briefe von Lehrern, die widerspiegeln, was die Erzieher unter Krieg und Frieden verstehen. Es ist unmöglich, gesondert auf das eine oder andere zu antworten, obwohl man dazu versucht ist. Die Zeichnungen, Verse und Briefe der Kinder haben alle den künstlerischen Reiz, den die unverblühte und frische Wiedergabe aller Erregungen, besonders bei dieser gewaltigsten aller Erregungen, in jungen, durch keine Heuchelei, durch keine Schablone verdorbenen Menschen, bewirkt. Wir Erwachsenen haben ein mehr oder weniger schweres Leben hinter uns, und Denkschablonen und unfreiwillige oder freiwillige Heuchelei unserer Umgebung haben, ob wir es wollen oder nicht, manchmal gewisse Vorstellungen deformiert. Und manche Eindrücke haben wir gar nicht empfangen, als wären wir frühzeitig partiell erblindet. Ja, manche Erwachsenen kneifen sozusagen ein Auge zu, um sich vor einem zu grellen Lichteinfall zu schützen. Nichtwissenwollen, das entspricht dem

Augenzukneifen bei einem zu grellen Lichteinfall. Daraus entsteht zum Beispiel die Weigerung sonst ganz anständiger Menschen, gewisse Bücher gründlich zu lesen oder gewisse Filme anzusehen. Sie sagen: „Wir wollen nicht mehr an all diese furchtbaren Dinge erinnert werden.“ Anders die Kinder. Sie brauchen gar nicht an alles erinnert zu werden. Sie erinnern sich.

Es gibt Erzieherinnen, die sich gegen den Ausdruck wehren. „Für den Frieden kämpfen.“ Sie denken, der Friede sei nichts zum Erkämpfen, er sei zum „Erleben“. Sie meinen, man könnte etwas erleben, wie man etwas erleben kann. Sie meinen, durch die Haltung des Menschen allein, durch seine entschlossene Abneigung gegen jede kriegerische Äußerung, durch vorbildliche Friedfertigkeit daheim, auf der Straße und in der Schule könnte der Friede gewahrt werden. Ich weiß nicht, ob diese Frauen den Dokumentarfilm über den Nürnberger Gerichtshof sahen und den Auschwitzfilm, der von der begabten Wanda Jakubowska gedreht wurde. Sie war selbst lange im Lager von Auschwitz gefangen. Ich weiß nicht, ob Menschen, die Gelegenheit hätten, sich heute

Paul und Emil

Als Paul und Emil bei Schichtwechsel das Werk verließen, gingen sie eine geraume Zeit schweigend nebeneinander her. Jeder hing seinen Gedanken nach.

Paul ist 25 Jahre und arbeitet im Schacht. Eigentlich wollte er Ingenieur werden. Aber als er noch zur Schule ging, kam der Krieg und heute fehlt das Geld, und dann - ist er ja auch zu alt! 25 Jahre und dann noch studieren? Emil ist noch jünger. Er war erst 16 und steht im zweiten Lehrjahr. Auch er möchte Ingenieur werden. Doch das „wie“ macht ihm Kopfzerbrechen, denn Paul machte ihm wenig Hoffnung. „Weißt Du, das sind Wünsche und gewiß sehr gute Wünsche. Aber die Verwirklichung gelingt nur wenigen.“

Doch heute ist Paul in guter Laune: „Du, Emil! Ich glaube, Du schaffst es doch noch mit Deinem Ingenieur!“

„Wieso?“

„Da - lies mal!“ Paul gibt ihm die Zeitung. „22jähriger wurde erster Bürgermeister!“

„Ja, stimmt denn das? 22 Jahre und Bürgermeister einer großen Stadt? Wo ist denn das, in Frankfurt a. Main oder in Hannover?“

„Wo denkst du hin. Im westdeutschen Bundesstaat gibt es doch so etwas nicht. Das ist in Leipzig, in der Deutschen Demokratischen Republik! Manfred Gerlach heißt er. Er ist von der LDP und Mitglied der FDJ!“

„Mensch - das ist ja prima! Aber wie ist das möglich?“

„Das ist nur ein Beispiel von vielen. Am 3. Februar wurde in der Deutschen Demokratischen Republik ein „Gesetz zur Förderung der Jugend“ angenommen. Dieses Gesetz sichert die Unterstützung und Förderung der Jugend in Staat und Wirtschaft, in Kultur und Sport. Und was Dich wohl besonders interessiert, es schafft für jeden Fähigkeiten die Möglichkeit zu studieren - auch ohne Geld. Im Gegenteil, der Staat gibt ihm ein Stipendium, damit er leben und ohne Sorgen lernen kann!“

„So? Na, wenn das stimmt, dann will ich mal sehen, daß ich hinkomme und auch studieren kann!“

„Natürlich, das kannst Du. Aber ich glaube, schöner wäre es doch, wenn wir hier bei uns in Westdeutschland auch solch ein Gesetz hätten! Dann könnten wir beide zusammen studieren. Ich denke - so alt bin ich ja noch gar nicht!“

„Was müssen wir denn tun, damit diese Gesetze Gültigkeit für ganz Deutschland haben?“

„Wir müssen uns die Einheit Deutschlands erkämpfen! Ein wichtiger Beitrag dazu ist das Deutschlandtreffen der Jugend. Pfingsten in Berlin! Darum fahren wir mit! Was meinst Du?“ - „Na - klar! Auf nach Berlin!“



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin

18. Fortsetzung

Neben Waamtscho lagen zwei Robben mit blutigen Köpfen, in denen die Kugeln saßen. Befriedigt über die Jagd, saß Waamtscho auf einem Eisblock und klopfte daran seine Pfeife aus. Er wollte rauchen, aber seine Tabakschachtel war leer. Eine Weile behielt er die Pfeife zwischen den Zähnen und steckte sie dann traurig hinter den Brustlatz.

Was war das für eine Jagd ohne Tabak! Waamtscho stand auf und kletterte über das brüchige Eis, um einen der Jäger um Tabak zu bitten. Bald bemerkte er Tygreña, die am Rande einer Wache saß. Neben ihr lagen drei tote Seehunde.

„Kakomej. (Ausruf der Verwunderung) Tygreña!“ rief Waamtscho entzückt. „Drei

Robben! Du bist ein großer Jäger!“

„Den vierten habe ich verfehlt“, sagte sie verlegen.

Waamtscho setzte sich auf die hartgefrorenen Seehundkadaver und fragte: „Hast du Tabak?“

„Ja“, antwortete Tygreña lustig und reichte ihm den Tabaksbeutel aus Rentierhaut. Sie züneten ihre Pfeifen an.

„Ein schöner Tag, Waamtscho!“

„Ja, nur müssen wir jetzt gehen. Ich wollte noch einen Seehund töten, aber ich werde dir deine Beute heimzuschleppen helfen.“

„Sieh nur, wie groß sie sind! Ich wollte mit zweien gehen und noch einmal zurückkommen. Deshalb warte ich auf den vierten.“

„Es ist sehr weit, Tygreña. Du schaffst es nicht. Ich werde lieber gleich drei auf einmal ziehen, und du ziehst auf meiner Spur die anderen nach.“

„Du bist gut, Waamtscho! Ich wäre bereit, deine Frau zu werden.“

Waamtscho wurde vor Überraschung verlegen und sagte, um dem Gespräch eine andere Wendung zu geben:

„Korauge hat ja gesagt, daß die Robben mich nicht mögen. Ihre Augen wollen den meinen nicht begegnen. Und doch haben mich zwei Robben angesehen und liegen jetzt neben meinem Gewehr.“

„Korauge ist schlecht!“ rief Tygreña. „Er spricht die Unwahrheit. Nicht nur die Robben, auch meine Augen sehen dich immer gern an!“

„Bist du denn eine Robbe?“

„Nein“, lachte Tygreña, schweig eine Weile und fuhr dann fort:

„Korauge hat immer gesagt, daß die Geister das Zelt des Waal nicht lieben. Ilneut ist erfroren, Waamtscho ist vom Ufer abgeschnitten worden. Waal soll unsere Siedlung verlassen.“

selbst die Verbrennungsöfen von Auschwitz anzusehen, die ganze Hinterlassenschaft der Ermordeten, von Zahnplomben bis zu den Haaren, alles ordentlich sortiert, zu sinnvoller Verwertung zusammengestellt, auch weiter glauben und hoffen könnten, der Friede sei zu „erleben“. Ich weiß nicht, ob sie vor den Ermordeten diese Verantwortung auf sich nehmen wollen. Ich weiß nicht, ob sie vor den Lebenden diese Verantwortung auf sich nehmen wollen, vor den Müttern der Kinder, die sie erziehen sollen. Ich glaube, die Pflicht würde in ihnen wach werden, in ihren Schülern eine unbeirrbarere Bereitschaft zum Frieden zu erwecken. Und das bedeutet, sich vor gar nichts zu fürchten, sich gegen Mörder und Heuchler zu wehren, die viel zu gemein und gierig sind, um sich den Gesetzen der Güte und Liebe zu fügen. Um später einmal ihre eigenen Kinder zu schützen, müssen die, die heute noch Kinder sind, ihr Heim verteidigen lernen wie Vögel ihr Nest. Das heißt aber, ohne Furcht vor Verleumdung, vor Wunden, sogar vor Tod bis zum letzten Atemzug für den Frieden zu kämpfen.

Deutschland war jahrelang ein Exerzierfeld des internationalen Faschismus. Es kann jeden Tag wieder ein Exerzierfeld werden. Das hängt von uns ab, von unseren Kindern und ihren Lehrern. Darum ist alles, was heute in einer deutschen Schule und im Kindergarten gelehrt wird, von großer Bedeutung für alle. Um etwas wirklich zu lieben, muß man bereit sein, für etwas zu kämpfen.

Bekennnis zum Realismus / Von Prof. Otto Pankok

Prof. Otto Pankok (Düsseldorf) ist einer der 32 Gründungsmitglieder der Deutschen Akademie der Künste. Von dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, wurde er als ein wahrhafter Anwalt der Erniedrigten und Beliedigten gewürdigt. Im nachfolgenden bringen wir Zitate aus einem größeren Aufsatz, den dieser bedeutende Maler vor kurzem in der Münchener Zeitschrift „Thema“ veröffentlichte. Sie enthalten ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Realismus und fesseln durch die hoffnungsvolle Kraft des Gefühls, mit der sich hier ein westdeutscher Künstler den Verfallerscheinungen seiner sozialen und kulturellen Umgebung entgegenstellt.

Abstrakt malen ist ein Abgleiten ins Spiel, ein Ausweichen vor der Wahrheit in unkontrollierbare Gefühle. Der Maler abstrakter Bilder begibt sich in einen Raum, in dem anscheinend die Freiheit herrscht, aber es ist nur die Willkür, die sich anmaßt, Freiheit zu heißen. Es ist die Freiheit in einem leeren Raum, in einem menschenleeren Land.

Es ist richtig und lobenswert, wenn der Künstler sich müht, auszusprechen, was nach seiner Meinung bisher noch nicht von den Menschen gesagt wurde. Aber in seinen Mitteln soll er sich mühen, die Wege zu gehen, die gerade zu dem Verstand und zu den Sinnen der übrigen Menschen führen. Romain Rolland sagte es einmal so: „Der Künstler soll sich der gebräuchlichen Formen bedienen, denen die Jahrhunderte ihre Form aufgeprägt und ihre Seele mitgegeben haben.“

Es ist also zu untersuchen, warum gewisse Maler den Dingen, den herrlichen Dingen, den Pflanzen, den Tieren, den Menschen, den Wundern der Welt den Rücken zuwenden wollen. Ich spreche hier nicht von jenen modischen Erscheinungen, die immer von Eitelkeit und einer hysterischen Sucht aufzufallen getrieben werden, die Menschen zu erschrecken. Ich spreche auch nicht von jenen, die mit ihrem Dadaklamauk den ewigen Spieler gejagt haben. Es handelt sich auch nicht um die Experimentiererei der Form und Farbe, sondern hier geht es um Menschen, deren seelischer Zustand eine abwärts gerichtete Ebene ist, die ein Ueberdruß am Leben zu verzweifeltem Tun führt.

Einem Fanatismus gilt es endlich entgegenzutreten, der oft an Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit denken läßt, an die Durchführung unmenschlicher Prinzipien, was auch immer die Folgen sein mögen. Fanatismus hat immer unrecht, denn das Leben ist weit, hundert- und tausendfältig, und frei ist der menschliche Wille. Hier aber bauer sich Maler seelische Stachelrahtverhaue auf. Sie begeben sich in eine Sackgasse, die keinen Ausweg hat. Keinen Ausweg, dies ist es vielleicht, was sie trieb. Sie suchten diese Malerei ohne Ausweg, um ein Sinnbild zu schaffen für die verzweiflungsvolle Lage der Menschen nach den großen Katastrophen, als stünde uns nicht die Rückkehr frei. Als könnten wir uns nicht in allen Bezirken des Geistes frei bewegen, wenn wir nur wollten. Als besäßen wir nicht mehr die Kraft, diesen Stachelraht einfach durchzuschneiden.

Gibt es nicht zu denken, daß dasselbe Phänomen auch nach dem ersten Kriege aufge-

Es darf nicht sein, daß alles neu beginnt, daß wiederum die Nächte Feuer fangen, daß Kinder schreien und daß Mütter bangen weil Pech und Schwefel aus den Wolken rinnt.

Es darf nicht sein...

Es darf nicht sein, daß so der Mensch vergiftet, was er in Schreckensstunden heiß verfluchte, daß wiederkehrt die Blutzzeit, die verruchte, da man die Toten nach Millionen mißt.

Es darf nicht sein, daß alles niederbricht, was Schöpferhand so mühevoll geschaffen. Seht ihr denn nicht die Wunden, die noch klaffen im leidverzehnten Menschenangesicht?

Es darf nicht sein, daß uns das Untier faßt, wer da zum Kriege ruft, der sei geächtet, denn wer mit Mördern noch um Rechte rechet, der läßt den Mord zu sich ins Haus zu Gast.

Es darf nicht sein! Dies Wort verstumme nie, wo immer Menschen unter Menschen wohnen, und keiner darf da seine Stimme schonen, dem eine Mutter Herz und Sprache lieh.

Max Zimmering

Jüngeren zwölf Jahre von den Robotern und Bananen vorenthalten wurden. Damit aber Neues aus den Ruinen sich erhebe, müssen wir dieser Jugend drei Dinge wünschen: Freude, Friede und Freiheit, ein Etwas, das wachsen möge, bis ins menschenwürdige Maß. Das Tragische, ach, es kommt von selber. So muß man die allgemeine Lage in der Malerei von heute sehen. Persönlichkeiten aber, das sei unser Trost, werden ihren Weg immer in Freiheit finden, durch Arbeit und durch Laune, durch qualvolle Mühe und durch luftige Improvisation. Noch ist die Zeit verkrampt und verstockt, und die Menschen sind geblendet und taumelig von den Schrecken und den wilden unverdaulichen Ereignissen, und so hat es die Kunst als Ganzes schwer, natürlich zu wachsen, Freude zu verbreiten und Licht scheinen zu lassen in die ungeheuerliche Dunkelheit dieser Tage. Und doch gibt es keine vollkommen finstere Nacht. Immer flimmert ein kleiner Stern, und wird auch er durch eine Wolke verdeckt, so gaukeln uns unsere Sinne immer noch den Schimmer eines Lichtes vor die Augen. Und sollte auch dieser letzte Schein noch vergehen, so bleibe uns doch noch die Hoffnung auf den Aufgang des Mondes und das Erwaschen des neuen Tages.

Die Jugend aber, die nach diesen verdorrten Jahren wieder zur Arbeit gelangt ist, hegt mit Recht ein großes Mißtrauen gegenüber dem Weg, den die Malerei der Zeit gegangen ist, und so geht sie daran, diesen Weg der Malerei zu untersuchen, um den Abgrund der Fehler zu finden, die zum Abgrund geführt haben. Alle Probleme der letzten 40 Jahre sind wieder aktuell und werden auf neue zur Diskussion gestellt, nachdem sie den

Kapitalistische Kolonialbarbarei

Der Weltgewerkschaftsbund hat eine Resolution über die Rassendiskriminierung vorbereitet. Nachfolgend einige der im Bericht des Weltgewerkschaftsbundes angeführten Tatsachen:

In Südafrika verdient ein eingeborener Bergarbeiter im Jahr 43 Pfund 13 Schilling, während ein weißer Bergarbeiter in derselben Grube 423 Pfund Sterling im Jahr verdient.

Nach offiziellen Berichten in den USA beträgt das Durchschnittseinkommen einer weißen Familie in den Vereinigten Staaten 2741 Dollar, das einer Negerfamilie dagegen nur 1562 Dollar.

In Französisch-Westafrika wurden zwei Mindestlohnsätze festgesetzt, einer für Weiße und ein viel niedrigerer für Neger. In Neuseeland ist die Sterblichkeit der Maoris zehnmal so hoch als die der Europäer. Die Sterblichkeit der Kinder der Eingeborenen ist viermal so hoch als die der europäischen Kinder.

1940 berechnete man in den USA die voraussichtliche Lebensdauer für Weiße auf 63, für Neger auf 52 Jahre.

In Südafrika sind die Eingeborenen von der Erwerbslosenversicherung ausgeschlossen. Die Unterstützung für Blinde beträgt für Weiße jährlich 60 Pfund Sterling, für Indier 30 und für Afrikaner 12 Pfund Sterling.

Tanganjika: Nach der Steuerverordnung für Eingeborene können diese gezwungen werden, Zwangsarbeit zu verrichten, wenn sie nicht imstande sind, die Steuern zu bezahlen. Im Jahre 1947 wurde 8734 Eingeborenen Zwangsarbeit auferlegt.

In Nigeria ist die Zwangsarbeit legal. In Britisch-Zentralafrika sind die Stammeshäuptlinge gezwungen, jährlich 8-10 000 Arbeiter für die südafrikanischen Minen zu stellen.

Malaya: Am 4. Mai 1949 wurden die Malayen Ganapathy und Veeransan gehängt, weil sie sich aktiv gewerkschaftlich betätigt hatten.

In den englischen Kolonien ist den Eingeborenen im Rahmen der „Aufrühr-Gesetze“ jede gewerkschaftliche Tätigkeit streng verboten.

In Südafrika ist den Eingeborenen jede Teilnahme an den Streiks untersagt.“

(Aus „World News an Views“)

Alle friedliebenden Deutschen müssen das Friedentreffen der Jugend unterstützen!

„Was wäre ich für ein Jäger, wenn eine Frau Robben für mich tötete? Korauge würde meine Lüge auch erkennen. Das wäre schlecht für dich.“

„Meinetwegen. Mir ist es gleich. Wahrscheinlich verliere ich einmal den Verstand und schneide Korauge die Kehle durch. Und du, Waamtscho erschieße Alitet! Lauere ihm an den Fallen auf! Fange einen Silberfuchs und setze ihn in deine Falle! Alitet wird ihn stehlen wollen. Dann kann man ihn erschießen.“

Waamtscho erlebte. Er hatte noch mit niemandem so gesprochen und nie solche Worte gehört.

„Tygreña, ich fürchte mich vor dir.“

„Fürchte dich nicht, Waamtscho! Hier hört uns keiner. Der Wind kommt von der Küste. Wir werden nur im Packeis miteinander sprechen. Niemand darf unsere Gedanken erfahren. Waal ist ein guter Mensch, aber sprich auch mit ihm nicht darüber! Er wird Angst haben vor dem Schamanen.“

„Alitet ist ein Dieb. Er stiehlt alles. Er hat auch mich gestohlen, wie einen Fuchs aus einer fremden Falle. Aje hat er allein gelassen. Narginaut hat mir erzählt, daß er sogar seinen Sohn und seine Tochter erschlagen hat, um die Krankheit aus seinem widerwärtigen Leib zu jagen. Ich werde nie seine richtige Frau werden.“

Tygreña schwieg, seufzte und fragte nach einer Weile:

„Ich denke immer, Waamtscho, warum können nur die Männer untereinander Freunde für ihre Frauen wählen?“

„Das ist Gesetz.“

„Ein falsches Gesetz. Dieses Gesetz vermindert die Zahl unseres Volkes. Warum soll ich ohne Kinder bleiben?“

„Ist es schwer, ohne Kind zu sein?“

Tygreña saß nachdenklich da. Waamtscho lag auf der Pfeife.

„Ich würde dich als Freund wählen.“

Waamtscho wurde verlegen, sah weg und blies dicke Tabakwolken vor sich hin. Tygreña lachte:

„Warum bist du so ängstlich wie eine Robbe?“

„Wahrscheinlich, weil ich arm bin.“

Sie schwiegen, und Tygreña sagte plötzlich: „Waamtscho, ich muß doch eine richtige Frau werden! Ich will ein Kind.“

Zu Hause angelangt, legte Tygreña die Beute im Vorzelt nieder und hörte Alitets Stimme. Er unthrielt sich laut mit einem Freund.

Ein Gast ist gekommen, dachte Tygreña. Als Kind hatte sie sich über jeden Gast gefreut, aber jetzt war es ihr gleichgültig. Sie verspürte sogar Widerwillen, das Zeit zu betreten.

Nachdenklich stand Tygreña da und wuschte sich den ausbrechenden Schweiß mit dem Aermel vom Gesicht. Die Fröhlichkeit, die mit der erfolgreichen Jagd gekommen war, wich rasch von ihr. Sie hätte rauchen wollen, aber der Tabaksbeutel war bei Waamtscho geblieben. Ohne zu überlegen, verließ sie heimlich das Vorzelt und lief zum alten Waal.

Hier waren fast alle Jäger versammelt. Sie tranken Tee, und der alte Waal erzählte in halb liegender Stellung Märchen. Wie schön das Leben hier war! Tygreña kauerte sich nieder und zündete ihre Pfeife an.

Die Jäger hatten Tee getrunken und baten Waal, noch weiterzuzählen.

„Stopf mir eine Pfeife!“ sagte Waal. Die Jäger stopften rasch ihre Pfeifen und reichten sie Waal.

„Weshalb so viele?“ sagte der Alte lächelnd. „Gebt mir nur eine!“

Paffend begann er, erfüllt vom Gefühl der eigenen Würde:

Ausstellung „Polnische Plakate“ in Baden-Baden

Baden-Baden. In nicht allzu großer Zeit-
abstand erschien in Baden-Baden eine wei-
tere Ausstellung der polnischen Grafik.
Die Ausstellung polnischer Plakate, die z. Z.
in der Kunsthalle stattfindet, ist gewisser-
maßen in punkto Thema eine Fortsetzung der
vorhergehenden Ausstellung, welche die Er-
folge der Buchgrafik zeigte, während die jet-
zige die Plakatmalerei mit 100 Arbeiten der
bekanntesten polnischen Grafiker darstellt.
Die Komposition der Ausstellung bildet
ein harmonisch-künstlerisches Ganzes, dank
einer guten Verteilung der Plakate mit poli-
tischen, wirtschaftlichen Themen, sowie auch
der Kino- und Theaterplakate. Dadurch
wurde die in vielen Ausstellungen charak-
teristische Gruppierung von Exponaten mit
einem Thema vermieden.

Die Ausstellung ist ungewöhnlich interes-
sant, da sie nicht nur die Erfolge der Gra-
fiker spiegelt, sondern in ihren Arbeiten
sieht man den Beweis der unzweifelbaren
Verbindung der Künstler mit dem ganzen
Volk und dessen Arbeit.

Die große ideologische Bedeutung der Ex-
ponaten neben dem künstlerischen und ma-
lerischen Wert, bezeugen, daß die Plakate
der polnischen Grafiker ein hervorragender
Erfolg des neuen Realismus in Polen sind.
Gleichzeitig muß man hervorheben, daß von
den polnischen Plakaten das Handeis- und
Reklamement verschwunden ist. Die subtile
Verbindung dieser Motive mit Zeich-
nung, Farbe und allein schon die Komposi-
tion sind Mittel des Ausdruckes, mit deren
Hilfe die polnischen Grafiker die grundsätz-
lichen Aufgaben lösen — dem Thema den
allerbesten und vollendeten Sinn zu ver-
leihen.

Es ist schwierig, auch nur kurz sämtliche
Werke der Grafiker zu beschreiben, die in
der Ausstellung vertreten sind. Man kann
nur allgemein feststellen, daß die Einfach-
heit und die unkomplizierten Konzeptionen,
das Ausdrucksvolle und die Klarheit, und
auf der anderen Seite die Darstellung aus
der Volkskunst (charakteristisch für die sla-
wische Kunst), das Humoristische (Kino- und
Theaterplakate), all dies ist ein prächtiger
Erfolg der zeitgenössischen polnischen Pla-
katmalerei und eine Bestätigung, daß den
Künstlern in Polen ein weites Arbeitsfeld
zur Verfügung steht.

Sonderzug zum Motorradrennen

Rastatt. Voranzeige. Zum Motorradrennen
in Hockenheim am 14. Mai 1950 führt die
Eisenbahndirektion Karlsruhe einen Ver-
waltungssonderzug mit 60 Prozent Fahr-
preismäßigung durch. Fahrpreis für Hin-
und Rückfahrt ab Rastatt 3.10 DM. Genaue
Verkehrszeiten werden durch Aushang an
den Bahnhöfen noch bekannt gegeben.

Es war alles ganz harmlos

Aus dem Entnazifizierungsskandal wird eine kleine Lumperei — Das Gesetz 104 soll Schuld sein
Regierung und Entnazifizierungspraxis bleiben tabu

Stuttgart. (VSt) Hätte ein Unwissender bei dem Plädoyer des Staatsanwalts im
May-Meyer-Prozess den Gerichtssaal betreten, wäre bei ihm der Eindruck entstanden,
daß es sich um eine Verteidigungsrede handle. Damit paßt sich nun auch das Plädoyer
der Staatsanwaltschaft dem gesamten Charakter dieses Prozesses an, der nicht nur zu
einer weitgehenden Entschuldigung der Korruptionsfälle während der Entnazifizierung
sondern auch praktisch die Verteidigung der württembergisch-badischen Regierung und
ihrer Entnazifizierungspraxis zu werden verspricht.

tigt hätte, so sei das auf das Gesetz 104
zurückzuführen. (Und nicht auf die, die es
handhabten! d. Red.)

Zur Persönlichkeit des Angeklagten sagte
er, es sei deren tragisches Geschick, daß sie
den ihnen übertragenen Aufgaben nicht ge-
recht werden konnten; was jedoch bei der
„Zigarrenverkäufervorbildung“ des Ange-
klagten May nicht zu verwundern sei. Meyer
sei nicht von einer bestimmten politischen
Überzeugung zu seinen Handlungen ge-
trieben worden, sondern aus wirtschaftli-
chen Interessen heraus. Keffler hätte sich
immer bemüht, seine Aufgaben korrekt zu
erfüllen. Allen drei Angeklagten wurde ihre
„gute Vergangenheit“ als mildernder Um-
stand angerechnet. Desgleichen hätten sie
vieles bei der Durchführung des Gesetzes
104 geleistet.

Erschwerend wirkte, daß sie sich mehrere
So erklärte der Staatsanwalt, die bisher
bei hauptamtlich Angestellten des Befrei-
ungsministeriums vorgekommenen Verfeh-
lungen gäben keinen Anlaß, von einem
„Entnazifizierungsskandal“ zu sprechen. Es
sei ein Wunder, daß dem Gesetz 104 nicht
mehr Strafprozesse entsprungen seien. Die-
ser Prozeß hätte einem „bestimmten Inter-
essentenkreis“ nur dazu gedient, um dem
Ministerpräsidenten politische Schwierig-
keiten zu machen; dabei sei das Gnaden-
recht in Spruchkammerangelegenheiten sein
gutes Recht gewesen. Wenn die Entnazifi-
zierung kein befriedigendes Ergebnis gezei-
gert hätte, so würde man sich für die Ver-
fehlungen zuschulden kommen lassen und
das Ansehen der Entnazifizierung schädi-
gen, in der Hauptverhandlung amnestiert
aufzutreten und keine Reue und Einsicht
zeigten.

Die Staatsanwaltschaft beantragte für den
ehemaligen Chefkläger May eine Gesamt-
strafe von 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis
wegen schwerer passiver Bestechung. Au-
ßerdem sollen 2800 DM sowie der Person-
wagen Mays dem Staat verfallen. Für Meyer
wurde wegen der Abgabe einer falschen
eidesstattlichen Versicherung sowie schwe-
rer aktiver Bestechung 1 Jahr und 2 Monate
Gefängnis beantragt. Gegen Keffler be-
antragte die Staatsanwaltschaft wegen ein-
facher passiver Bestechung 6 Monate Ge-
fängnis. Die Untersuchungshaft soll ange-
rechnet werden.

Am Freitagnachmittag fanden die Plä-
doyers der Verteidiger statt.

Keffler soll Ortsgruppenleiter gewesen sein

Die Landesstelle der VVN hat dem Vor-
sitzenden im Entnazifizierungsprozeß in ei-
nem Schreiben mitgeteilt, daß der mitange-
klagte ehemalige Spruchkammervorsitzende
Richard Keffler in der japanischen Ortschaft
Seng Koku Hava Ortsgruppenleiter der NS-
DAP gewesen sei. Die VVN sehe sich ver-
anlaßt, dies mitzuteilen, weil der Ange-
klagte Keffler bei seiner Vernehmung zur
Person die Frage nach seiner Zugehörigkeit

Gewerkschaft Bau fordert Baukontrolleur

Feiburg. Die Gewerkschaft der Bauarbei-
ter, Verwaltungsstelle Feiburg, hat an den
Freiburger Stadtrat den Antrag gerichtet,
in der nächsten Stadtratssitzung zu beschließen,
daß für Feiburg ein Baukontrolleur ange-
stellt werden soll.

In der Begründung der Gewerkschaft
heißt es: „Obstehende Gewerkschaft hat
sich schon im Jahre 1946 positiv für diese
Notwendigkeit eingesetzt. Wir nehmen an,
daß die Angelegenheit seither nicht als sehr
dringend behandelt wurde. Nachdem sich
nun der Bauunfall in der Bertholdstraße,
bei dem sieben Bauarbeiter den Tod fanden,
ereignet hat, nahm der Vorstand der Bauge-
werkschaft zu diesem Fall Stellung. Es
wurde beschlossen, an den Stadtrat einen
Antrag zu stellen, da, wie vor 1933, von der
Stadt ein Baukontrolleur angestellt wird,
welcher die Baustellen hinsichtlich der bau-
polizeilichen und allgemeinen Unfallverhü-
tungsvorschriften kontrolliert. In der
Hoffnung, daß der Stadtrat im Interesse des
Wiederaufbaus unserer Stadt und des damit
bedingten Bauarbeiterschutzes das nötige
Verständnis vorherrschen läßt, dürfen wir
die Annahme des Antrages erwarten.“

Mißglückte Beeinflussung der Betriebs- ratswahl!

Brombach. (Betriebskorresp.) Bei der Fa.
Teves in Brombach fanden am 24. April
die Betriebsratswahlen statt, bei der sehr
merkwürdige Methoden angewandt wurden.

Quer durchs Land

Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt
Villingen. Im gutbesetzten Saal des Gast-
hauses zum „Felsen“ in Villingen, konnte
der erste Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt
Bezirk Schwarzwald-Baar, A. Schnee
Villingen, Donaueschingen und Wolfach be-
grüßen.

Durch den selbstlosen Einsatz der Hef-
rinnen, Helfer und Funktionäre aller Orts-
vereine des Bezirkes, konnte die Fürsorge-
arbeit um 100 Prozent gesteigert werden.
Die Arbeiterwohlfahrt hat Leistungen voll-
bracht, die ihr die Anerkennung und Unter-
stützung weiterer Kreise der Bevölkerung ein-
brachten. So konnten in den Kinder- und Er-
wachsenen-Erholungsheimen neben Hun-
derten von Bedürftigen aus den westdeut-
schen Notstandsgebieten 120 Kinder und
über 100 bedürftige Erwachsene aus den
drei Kreisen je 6, bzw. 3 Wochen Erholung
finden.

Nach einer regen Aussprache schritt man
zu den Neuwahlen. Einstimmig wurden fol-
gende Delegierte in den Bezirksvorstand ge-
wählt: 1. Vors. A. Feiß, Villingen; 2. Vors.
W. Heinzmann, St. Georgen; Kissierer
und Schriftführer E. Rahm, Wolterdingen;
Beisitzer Fr. A. Rndt, Blumberg; W. Schy-
li, Hornberg; Fr. Glatz, St. Georgen;
Ortsv. Donaueschingen.

Erpresser festgenommen

Offenburg. Wegen versuchter Erpressung
wurde ein 29 Jahre alter holländischer
Staatsangehöriger festgenommen. Er hatte
von dem beteiligten Kraftwagenfahrer an
einem tödlichen Verkehrsunfall 300 DM
Schweigegeld verlangt, da er als Zeuge sonst
belastende Aussagen gegen ihn machen
würde.

Sittlichkeitsverbrecher festgenommen

Offenburg. Ein 41 Jahre alter verheirateter
Mechaniker wurde von der Kriminalpolizei
wegen unzüchtiger Handlungen an einem
unter 14 Jahre alten Mädchen verhaftet. —
In Gengenbach wurde ein 63jähriger ver-
witweter Sozialrentner festgenommen, weil er
mit einem 7jährigen Mädchen Unzucht ge-
trieben hatte.

Geliebter der Enzberger Giftmischerin verhaftet

Pforzheim. (Iwb) Der frühere Geliebte
der Enzberger Giftmischerin Hilde Heller
ist am Freitag in Pforzheim verhaftet wor-
den. Die des Giftmordes an ihrem aus ru-
ssischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehr-
ten Gatten angeklagte Hilde Heller soll
nach einer Mitteilung der Polizei ihren ehe-
maligen Geliebten beschuldigt haben, er
habe sie zu dem Verbrechen angestiftet.
Der Prozeß gegen die Angeklagte soll dem-
nächst vor dem Schwurgericht in Heilbronn
eröffnet werden.

Er stahl noch im Gefängnis

Heidelberg. (Iwb) Das Landgericht Hei-
delberg verurteilte am Freitag den vielfach
vorbestraften Carl Wagner aus Eppelheim
wegen fortgesetzten Diebstahls und Dieb-
stahls im Rückfall zu 3 1/2 Jahren Zucht-
haus. Dem Angeklagten konnten acht Fahr-
rad Diebstähle nachgewiesen werden.
Selbst im Untersuchungsgefängnis ging
Wagner seinem „Gewerbe“ nach. Er stahl
dort Lebensmittel. Außerdem täuschte er
Selbstmordabsichten vor, indem er sich
zweimal mit einer Glasscheibe in den Un-
terarm schnitt.

Delegierte zum Kongreß junger Friedenskämpfer

Karlsruhe-Durlach. In dem mit Trans-
parenten, Friedens- und Einheitsparolen so-
wie blauen Fahnen ausgeschmückten
„Lammssaal“ fand vergangene Woche eine
Versammlung der FDJ statt, in der als Re-
ferent Erwin Mißberger über das kom-
mende Friedenstreffen der FDJ in Berlin
sprach.

Der Redner stellte zunächst die krassen
Gegensätze zwischen der aufblühenden
Wirtschaft in der DDR, die der Jugend eine
gesicherte Zukunft bietet und der Not und
Arbeitslosigkeit in den Westzonen einander
gegenüber. In der DDR hat man die Aus-
beute des Volkes und die Strategien des
Massenmordes zum Teufel gejagt. Dort
besteht das Gesetz über die „Teilnahme der
Jugend am Aufbau der Deutschen Demo-
kratischen Republik“. Dieses Gesetz wurde
am 8. 2. 50 von der Volkskammer einstim-
mig angenommen und sieht u. a. den Bau
von 159 neuen Schulen, mit 51 000 Plätzen,
sowie im Staatshaushalt ein Zuschuß von
5 Millionen Mark für Verbesserungen der
Unterbringung in den Kinderheimen vor.
Die Hochschulstipendien belaufen sich 1950
auf die beachtliche Summe von rund 63
Millionen Mark.

Währenddessen speist man im Westen
die lernende Jugend nicht nur mit großen

Worten und leeren Versprechungen ab,
sondern, nachdem die Waffen eines ver-
flossenen Blutbades kaum geschwiegen ha-
ben, versuchen die imperialistischen Kriegs-
treiber schon wieder, die Jugend als Ka-
nonenfutter zu mißbrauchen. Es gilt, so
betonte der Redner mit Nachdruck, durch
das Treffen von 500 000 Jugendlichen an
Pfungsten in Berlin, diesen Bestrebungen
das entschiedene „Nein“ der Jugend ent-
gegenzusetzen.

Neben dem Bekenntnis für den Kampf
um ein einheitliches, unabhängiges und
friedliebendes Deutschland werden Tau-
sende von Jugendlichen aus Westdeutsch-
land an Pfungsten die Gelegenheit haben,
durch Zusammenreffen mit den Jugendli-
chen aus der DDR Eindrücke über das
wirkliche Leben dort, zu sammeln.

Im Anschluß an die darauffolgende Dis-
kussion wurde eine Resolution, die sich ge-
gen die Demontagen in Westdeutschland
richtet, angenommen, sowie in einer Gruß-
adresse die Solidarität mit dem Friedens-
kampf der französischen und italienischen
Jugend zum Ausdruck gebracht. Aus der
Mitte der Versammlung wurden außerdem
für den „Kongreß der Friedenskämpfer
Berlin“ 15 Delegierte gewählt.

SPORT-ECHO der Woche

Ein unmögliches Vorgehen

Einige südbadische Oberligavereine wollen sich absondern

Wie der Präsident des Freiburger Fußball-
klubs Adolf Heer einem dpa-Vertreter er-
klärte, beabsichtigen verschiedene Vereine,
die der bisherigen Oberliga Südwest ange-
hören, nicht mehr in der Zonenliga zu spie-
len, sondern sich den württembergisch-badi-
schen Landesligen oder der 2. Division anzuschlie-
ßen. Anträge an die württembergisch-badi-
schen Fußballverbände wollen, wie der Prä-
sident des Freiburger Fußballklubs weiter
mitteilte, der FC Freiburg, Singen,
Tübingen und Reutlingen stellen.

Zu diesem Entschluß kam es, als die von
dem Vorsitzenden des Pfälzer Fußballver-
bandes Fahrbach am Freitag in Ludwigshafen
einberufene Sitzung der Zonenligisten
scheiterte, auf der die bereits vom SFV be-
schlossene Südwestoberliga besprochen und
eine Einteilung der Vereine vorgenommen
werden sollte. Zu Beginn der Sitzung wurde
ein Antrag eingebracht, in dem die Oberliga
Südwest abgelehnt und die Beibehaltung der
bisherigen beiden Gruppen der Oberliga
Südwest vorgeschlagen wurde. Dieser An-
trag wurde von den Vereinen 1. FC Frei-
burg, Singen, Tübingen, Schwenningen,
Trossingen und Phönix Ludwigshafen nicht
gebilligt. Die genannten Vereine verließen
daraufhin unter Protest die Sitzung nach-
dem durch den 1. FC Freiburg dem Sit-
zungsleiter Mühl, Spielleiter von Rheinland-
Pfalz, die Nichtanerkennung des Antrages

bekannt gegeben worden war. Wie der Prä-
sident des Freiburger Fußballklubs weiter
mitteilte, hatte der FC Freiburg schärfsten
Protest gegen diesen Antrag erhoben und
gleichzeitig an den Vorsitzenden des Süd-
deutschen Fußballverbandes Hans Huber die
Frage gestellt, inwieweit Beschlüsse des
Süddeutschen Fußballverbandes übergangen
werden könnten. Heer erklärte hierzu, daß
die Vereine, die die Sitzung verlassen hätten,
bei der Rechtsabteilung des Deutschen Fuß-
ballbundes gegen die Art und Weise der
Mißachtung bereits beschlossener Spielein-
teilungen Protest erheben werden.

So geht das nicht

Zu vorstehender dpa-Meldung wäre zu sa-
gen, daß der Vorstoß der Vereine aus Frei-
burg, Singen, Reutlingen und Tübingen aus
zwei Gründen unmöglich ist. Der am Kar-
freitag von Funktionären der Verbände ge-
faßte Beschluß auf Bildung einer gemein-
schaftlichen Südwest-Oberliga ist natürlich
hinfallig, wenn die große Mehrheit der da-
von betroffenen Vereine ihn aus sehr stich-
haltigen Gründen ablehnt, denn schließlich
müssen ja die Vereine sehen, wie sie dabei
sportlich und finanziell bestehen können
und es ist nicht gut denkbar, daß den Ver-
einen von einem Spielausschuß oder sonstigen
Verbandsfunktionären ein Spielsystem
aufgedrängt oder gar befohlen werden kann,

das die große Mehrheit der betroffenen
Vereine ablehnt.

Wenn einige Vereine aus Freiburg, Singen,
Reutlingen und Tübingen die bisherige Süd-
liga verlassen wollen, so werden sie sich
darüber klar sein müssen, daß sie dann auch
mit ihren unteren Mannschaften usw. aus
ihrer bisherigen sportlichen Gemeinschaft
ausscheiden müssen. Außerdem wird ihr
Versuch, sich z. B. an die Landesliga von
Nordbaden anzuschließen, selbstverständlich
auf schärfste Ablehnung bei den nordbadi-
schen Landesligaverbindungen stoßen, die dann
absteigen müßten, um den südbadischen
„Emigranten“ Platz zu machen. Was übriges
Konstanz, Rastatt, Offenburg, Lahr,
Friedrichshafen, Villingen usw. recht sein
muß, kann auch dem Freiburger FC und
Singen billig sein.

Die Beibehaltung des bisherigen Zustands
ist zur Zeit die einzige mögliche Lösung,
solange die süddeutsche Oberliga noch auf
ihrem egoistischen Standpunkt beharrt. Ue-
bers Jahr werden nach den Stuttgarter
Kickers vielleicht noch andere „Groß-
kopfe“ von hohen Röß herabgestiegen
sein und dann werden die Aussichten für
eine gerechte und vernünftige Neuordnung
der Verhältnisse in der obersten Klasse des
SFV zweifellos günstiger sein. Auch der
Popanz einer „II. Division“, die nicht leben
und nicht sterben kann, wird dann wieder
in der Versenkung verschwunden sein. Es
wäre egoistisch und unklug, wenn einige
Vereine der Südliga aus der bisherigen Ge-
meinschaft ausbrechen wollten.

Um die Handball-Meisterschaften

Der erste Maisonntag trug nicht viel zur
Klärung in den Handballmeisterschaften
bei. In Süddeutschland sicherte sich die
SG Dietzenbach durch einen in der
letzten Viertelstunde erkämpfte 14:10-(6:4)-
Erfolg über TSV Rot hinter Meister Frisch-
auf Göttingen den zweiten Tabellenplatz
und damit die Teilnahme an der deutschen
Meisterschaft.

In Südwestdeutschland wurde
das Spiel Hasloch — Obermding auf den
21. Mai verlegt. Schutterwald fiel mit einer
3:4-Niederlage gegen Reutlingen aus dem
Rennen.

In Norddeutschland blieb die Po-
lizei Hamburg weiterhin ungeschlagen und
holte gegen den alten Rivalen Hassee Win-
terbek einen 0:4-Rückstand auf und siegte
schließlich mit 8:5. Die Polizei Hamburg hat
seit dem vorjährigen Endspiel gegen Mü-
lheim kein Spiel mehr verloren. Beide
Mannschaften vertreten den Norden in der
deutschen Meisterschaft.

In Berlin steht Rehberge nach seinem
9:2-Erfolg über Südwest nunmehr mit
einem Punkt Vorsprung an der Spitze der
Tabelle. Vorjahresmeister BSV 92 macht
sich noch Hoffnungen auf einen Protest ge-
gen den SCC.

In Westdeutschland stehen Mü-
lheim und Gevelsberg als Vertreter fest, da
der westdeutsche Spielausschuß Radema-
cher (Gevelsberg) für spielberechtigt er-
klärte.

Groß-Staffelläufer in der Leichtathletik
In Hamburg gab es bei der 38. Wieder-
holung der Alsterstaffel eine Rekord-
beteiligung von 6200 Teilnehmern und in

der Hauptklasse ein spannendes Rennen
zwischen den alten Rivalen HSV und Vic-
toria, das der HSV ganz knapp gewann. In
Hannover war die DTSG 1874 Hannover
vor Hannover 78 und Grünweiß erfolgreich,
nachdem diese drei Mannschaften am letz-
ten Wechsel noch Brust an Brust gelegen
hatten.

In Köln erwuchs dem Favoriten ASV
in der Kölner Turnerschaft 1843 ein uner-
wartet harter Rivale, der erst auf den letz-
ten Strecken bezwungen werden konnte. In
Essen mußte der Vorjahressieger Polizei
eine einwandfreie Niederlage von TuS hin-
nehmen.

„Sport“ in den USA

Der Ringer Tony Galento, ein früherer
Schwergewichtboxer, verlor bei New York
einen Boxkampf gegen einen 5 Zentner
schweren Bären. Der Kampf wurde in
einem Aluminiumkäfig ausgetragen. Der
Bär trug einen Maulkorb und Boxhand-
schuhe. Der Kampf ging über drei Runden.
Zweimal erhielt Tony von dem Bären zwei
harte rechte Schwinger und mußte zu Boden.
Lange brauchen es die Apostel der „ame-
rikanischen Lebensweise“ nicht mehr zu
treiben: auch der „unpolitischste“ Sportler
sieht, wie hier Schindluder mit allem ge-
trieben wird, was wir unter Sport ver-
stehen.

Wehrt Euch gegen die Schändung des
Sports! Zeigt beim Deutschlandtreffen, daß
die deutschen Sportler keine Hanswürste
wildgewordener USA-Millionäre werden,
sondern für den Frieden, ein besseres Le-
ben und einen sauberen Sport kämpfen
wollen.

Amtliche Bekanntmachung

Gas-, Strom- und Wasserverbrauch der französischen Besatzungsangehörigen in teilbeschagnahnten Wohnungen.

Anträge auf Uebernahme von Gas-, Strom- und Wasser-
verbrauchsgebühren der französischen Besatzungsangehö-
rigen als Besatzungsaufwand für das Kalendervierteljahr
Januar—März 1950 sind durch die Quartiergeber bis spätes-
tens 10. Mai 1950 bei unserer Dienststelle einzureichen.

Die Anträge sind in Zukunft kalendervierteljährlich je-
weils bis spätestens 10. 2., 10. 5., 10. 8. und 10. 11 für das
vergangene Kalendervierteljahr zu stellen.

Freiburg i. Br., Mai 1950.

Städt. Requisitionssamt.

Zum 1. Juni 1950 wird

Zeitungsträger (in)

gesucht

für unsere Agentur in Haagen i. Wiesental. Angebote sind zu
richten an: „UNSER TAG“, Mannheim, S 3, 10

FILMTHEATER

FREIBURG

Der große deutsche Sensations- u. Abenteuerfilm

EXPORT IN BLOND

Mädchenhandel

mit Lotte Koch - René Deltgen - Albrecht Schön-
hals - Catja Görna - Peter van Eyck u. a.
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr.
Sonntag auch vormittags 10 Uhr.

Bis mit Montag, den 15. Mai
Ein stürmischer Heiterkeitserfolg:

Dick und Doof

die beliebtesten Filmkomiker sind wieder da in
Lange Leitung
In deutscher Sprache! Jugendfrei
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

Die Zeitung
der Schaffenden
ist **UNSER TAG**

Zigarrenmacherinnen
und -Wicklerinnen
melden sich beim Arbeitsamt
Rastatt, Zimmer 6